

# AMNESTY

MAGAZIN DER MENSCHENRECHTE

Nr. 108  
Dezember 2021



## GUTEN APPETIT: ESSEN, TRINKEN UND MENSCHENRECHTE

**IN ACTION**  
Briefmarathon 2021

**PHILIPPINEN**  
Mutige Nobelpreisträgerin

**INHAFTIERUNG**  
Mitbestrafte Angehörige

**AMNESTY  
INTERNATIONAL**





# JAHRES- UND GENERALVERSAMMLUNG 2022

Das kommende Jahr bringt neue Hoffnung – und ein interessantes und hoffentlich wieder persönliches Treffen an der Jahres- und Generalversammlung (GV) 2022 von Amnesty Schweiz.

**Der statutarische Teil der Generalversammlung findet am Donnerstagabend, 12. Mai, virtuell und die Jahresversammlung am Samstag, 14. Mai 2022, in Präsenz statt.**

Eine Anmeldung ist von Anfang Februar bis Ende März 2022 möglich.

Erneuern Sie jetzt Ihre Mitgliedschaft oder werden Sie Mitglied bis am 12. Januar 2022 und stimmen Sie an der Generalversammlung 2022 mit ab. Die Motionen und Postulate können bis am 17. März 2022 eingereicht werden.

Alle weiteren Informationen: [www.amnesty.ch/gv](http://www.amnesty.ch/gv)




Seit 60 Jahren und jetzt erst recht:

## Handeln für Veränderung

Amnesty schützt und stärkt weltweit die Rechte von Menschen – mit Erfolg. Heute zählt unsere Bewegung bereits über 10 Millionen Menschen. **Sind auch Sie dabei?**

*Jetzt spenden mit Twint*

 QR-Code mit der TWINT-App scannen

 Betrag eingeben und Spende bestätigen



**AMNESTY  
INTERNATIONAL**



## — AKTUELL

- 4 **Good News**
- 6 **Aktuell im Bild**
- 7 **Nachrichten**
- 9 **Brennpunkt**  
Sorge um Afghanistan

## — DOSSIER

Essen, Trinken und  
Menschenrechte



- 10 **Zu Tisch!**
- 14 **Pionier\*innen des «grünen Goldes»**  
Direktimport, faire Preise und Kooperation statt  
Börsendiktat und Monokulturen.
- 16 **Nahrung ist ein Menschenrecht**  
Die Staaten stehen in der Pflicht.
- 17 **Selbstversorgung im Slum**  
Mitten in der Grossstadt mit Eigeninitiative  
den Hunger bekämpfen.
- 18 **Made in Fukushima**  
Vom japanischen Staat nach der Atomhavarie  
Alleingelassene helfen sich selbst.
- 21 **Hunger in der Arktis**  
Die Inuit im Norden Kanadas leiden unter  
Versorgungsengpässen.
- 22 **Wenn Essen Menschen zusammenbringt**  
Die integrative Kraft fremder Küchen und  
ein Restaurant ohne Worte.

## — T H E M A

- 24 **Holocaust-Überlebende**  
Der Erinnerung verpflichtet



Ladislaus Löb setzte sich  
gegen das Vergessen ein.

- 27 **Philippinen**  
Für die Wahrheit droht Haft
- 30 **Schweiz**  
Gefängnis – eine kollektive Bestrafung

## — KULTUR

- 32 **Film**  
Lagerkoller und Fussballträume
- 33 **Buch**  
Gender-Gap des Wissens

## — CARTE BLANCHE

- 36 **Urs Gredig**  
Fan-(Un)Kultur

## — IN ACTION

- 37 **Zwanzig Jahre Briefmarathon**  
Grösste Aktion zur Verteidigung  
der Menschenrechte  
Mit Petition

**Impressum:** «AMNESTY», Magazin der Menschenrechte, Nr. 108, Dezember 2021. **Redaktion:** Manuela Reimann Graf (mre), Natalie Wenger (nwe). **Mitarbeiter\*innen dieser Nummer:** Boris Bögli, Urs Gredig, Lea de Gregorio, Knut Henkel, Alexandra Karle, Felix Lill, Emilie Mathys, Olalla Piñeiro Trigo, Bettina Rühl, Maik Söhler, Heiko von Schrenk, Uta von Schrenk, Carsten Stormer, Anita Streule, Malavika Vartak. **Gestaltung:** www.muellerluetolf.ch. **Druck:** Stämpfli AG, Bern. Auf nachhaltig produziertem Papier gedruckt, Schutzhülle überwiegend aus nachwachsenden Rohstoffabfällen hergestellt. **Die Mitgliederzeit-schrift «AMNESTY»** erscheint viermal jährlich in Deutsch und Französisch. Sie kann als E-Paper unter [issuu.com/magazin-amnesty-schweiz](http://issuu.com/magazin-amnesty-schweiz) gelesen werden. **Redaktionsschluss der nächsten Nummer:** 21. Januar 2022. **Distribution:** «AMNESTY, Magazin der Menschenrechte» erhalten alle, die die Schweizer Sektion von Amnesty International mit mindestens 30 Franken jährlich unterstützen. Über die Veröffentlichung von Fremdbeiträgen entscheidet die Redaktion. Alle Rechte vorbehalten. © Amnesty International, Schweizer Sektion. **Spendenkonto:** Amnesty International, Schweizer Sektion, 3001 Bern (PC 30-3417-8, IBAN: CH52 0900 0000 3000 3417 8) **Redaktionsadresse:** Magazin «AMNESTY», Redaktion, Postfach, 3001 Bern. Tel.: 031 307 22 22, E-Mail: [info@amnesty.ch](mailto:info@amnesty.ch). **Auflage:** 82'000 (dt.).



Ist Ihnen gesundes und leckeres Essen auch wichtig? Bei all den Labels und Ernährungsempfehlungen ist es gar nicht so einfach, die richtigen Lebensmittel zu wählen. Ausserdem kommen viele unserer

Lebensmittel nicht nur von weit her, sondern werden auch oft unter Bedingungen produziert, die wir ablehnen. Doch trotz der Überlegungen, die uns vor den vollen Regalen den Kaufentscheid erschweren: Essen hat es hierzulande genug (was nicht heisst, dass es für alle leicht erschwinglich ist).

Andernorts sind die Regale mehrheitlich leer, und die lokale Produktion wird angesichts der Klimakrise, globaler Konkurrenz und wegen Konflikten und Krisen schwieriger. Der Hunger nimmt weltweit wieder zu.

Das Recht auf gesunde und vor allem ausreichende Nahrung wäre eigentlich längst international verbrieftes Menschenrecht. Doch noch immer müssen Menschen dafür kämpfen. Im Fokus dieser Ausgabe steht das Engagement von Menschen in Nord und Süd für gerechtere, gesündere und ausreichende Nahrungsmittel, Menschen, die sich für mehr Fairness in globalen Lieferketten einsetzen oder im Kleinen, im Hinterhof sozusagen, für Essen sorgen. Dass fremde Küchen auch Brücken schlagen und gleichzeitig Menschen ein Auskommen ermöglichen, zeigt unsere Reportage aus der Romandie.

Entstanden ist dieses Dossier in Zusammenarbeit mit unseren Kolleg\*innen der Magazin-Redaktionen aus Deutschland und Österreich.

Wir wünschen Ihnen frohe Festtage und einen guten Appetit!

Manuela Reimann Graf, verantwortliche Redaktorin

© Claudio Schwarz/unsplash



Am 26. September sagte die Schweizer Stimmbevölkerung klar Ja zur Ehe für alle.

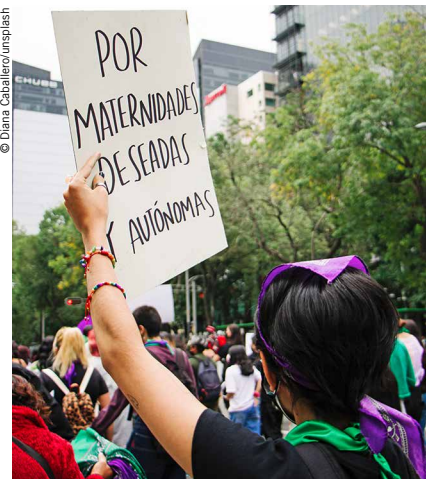
### JA zur Ehe für alle

**SCHWEIZ** – Die Schweizer Stimmbevölkerung hat sich am 26. September mit grosser Mehrheit für die Ehe für alle ausgesprochen. Damit wird die Schweiz zum 29. Land, das die gleichgeschlechtliche Ehe anerkennt. Sie sendet damit ein klares Signal: Gleichgeschlechtlich liebenden Menschen müssen dieselben Rechte und derselbe Schutz garantiert werden wie allen anderen. Der deutliche Sieg für die Gleichstellung wird die Akzeptanz von LGBTI\*-Personen stärken. Dies haben positive Entwicklungen aus Ländern gezeigt, welche die Ehe bereits für alle geöffnet haben. Mit dem Ja zur Ehe für alle allein ist es jedoch nicht getan; trans Menschen werden in den Bestimmungen der Ehe zu wenig berücksichtigt und benötigen besseren Schutz vor Diskriminierung.

### Abtreibung entkriminalisiert

**MEXIKO** – Während im US-Bundesstaat Texas Schwangerschaftsabbrüche praktisch in allen Fällen für illegal erklärt wurden, hat Mexiko den entgegengesetzten Weg gewählt und die Rechte der Frauen gestärkt: Der Oberste Gerichtshof hat einstimmig die Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen im Bundesstaat Coahuila für verfassungswidrig erklärt und damit einen Präzedenzfall für ganz Mexiko geschaffen. Das Land wird damit zum bevölkerungsreichsten Staat mit katholischer Mehrheit, in dem Schwangerschaftsabbrüche entkriminalisiert werden.

© Diana Caballero/unsplash



In Mexiko gingen die Frauen immer wieder auf die Strasse, um für die Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen zu demonstrieren.

# D N E W S

## LGBTI\*-Aktivist\*innen wurden freigesprochen

**TÜRKEI** – Ein Gericht in der türkischen Hauptstadt Ankara hat Anfang Oktober 18 Studierende und ein Mitglied des Lehrpersonals freigesprochen. Sie standen unter Anklage, weil sie im Mai 2019 an einer Pride-Parade auf dem Campus der Middle East Technical University (METU) teilgenommen hatten. Die Polizei hatte Pfefferspray, Gummigeschosse und Tränengas eingesetzt und die Teilnehmenden wurden zusammengetrieben. Zu den Verhafteten gehörten auch Melike und Özgür, die sich an der METU-Universität für LGBTI\*-Rechte engagieren und verschiedene Veranstaltungen organisiert hatten. Amnesty hat die beiden mit dem Briefmarathon 2020 unterstützt.

## Endlich eine Nationale Menschenrechtsinstitution

**SCHWEIZ** – Es dauerte eine Weile, aber nun ist es so weit: Das Parlament hat in der Herbstsession der Schaffung einer Nationalen Menschenrechtsinstitution (NMRI) klar zugestimmt und sich damit für einen stärkeren Schutz der Menschenrechte in der Schweiz ausgesprochen. Amnesty International hofft, dass die NMRI die Umsetzung der Schweizer Menschenrechtsverpflichtungen vorantreiben wird. Eine unabhängige, starke und langfristig finanzierte NMRI kann die öffentliche Debatte in breiten Themenfeldern mit Fachwissen unterstützen, die Bevölkerung über Grund- und Menschenrechte informieren sowie die Umsetzung der Menschenrechtsabkommen beobachten und so den Schutz der Menschenrechte aktiv fördern.



## Das Pegasus-Projekt enthüllte die gezielte Überwachung von Menschenrechtsaktivist\*innen.

International als technische Partnerin zur Seite stand. Das Projekt enthüllte, wie die Überwachungssoftware Pegasus des israelischen Unternehmens NSO Group weltweit eingesetzt wird, um Medienschaffende, Menschenrechtsverteidiger\*innen und Aktivist\*innen systematisch zu überwachen. «Die NSO Group ist nur eines von vielen auf diesem Gebiet tätigen Unternehmen», sagt Agnès Callamard, Generalsekretärin von Amnesty International. «Es handelt sich um eine gefährliche Industrie, die schon zu lange am Rande der Legalität operiert.»



## Nach mehr als fünf Monaten trafen in Nepal die lang ersehnten Impfdosen gegen Covid-19 ein.

### Lang ersehnter Impfstoff wurde geliefert

**NEPAL** – In Nepal herrschte wie in vielen armen Ländern eine grosse Impfstoffknappheit. 1,4 Millionen Menschen mussten mehr als fünf Monate auf die zweite Impfdosis gegen Covid-19 warten und riskierten, den Impfschutz zu verlieren. Amnesty International und weitere Organisationen machten auf die prekäre Situation aufmerksam und forderten Regierungen und Unternehmen dazu auf, den dringend benötigten Impfstoff nach Nepal zu liefern. Am 8. Oktober war es dann endlich so weit und knapp 2 Millionen Dosen kamen in Nepal an: Japan stellte 1,6 Millionen Impfdosen bereit, Bhutan 230 000 und Grossbritannien 130 000.

## Pegasus-Projekt erhält Preis für Journalismus

**ÜBERWACHUNG** – Am 14. Oktober wurde das Team des Pegasus-Projekts mit dem Daphne-Caruana-Galizia-Preis für Journalismus ausgezeichnet. Koordiniert wurde das Projekt vom Konsortium Forbidden Stories, dem Amnesty

## IN KÜRZE

**LIBANON** – Ahmad Al Waked, Tarek Al A'lo und Fares Al Zo'bi, die aus Syrien geflüchtet waren, wurden Mitte Oktober aus der Isolationshaft im Libanon freigelassen. Sie wurden dort seit September ohne Kontakt zur Aussenwelt festgehalten, nachdem man sie am Flughafen von Beirut festgenommen hatte. Sie hatten vom Libanon aus in einen Drittstaat weiterreisen wollen, um dort Asyl zu beantragen. Es drohte ihnen die Abschiebung nach Syrien.

**RUSSLAND** – Die usbekische Menschenrechtsverteidigerin Valentina Chupik konnte am 2. Oktober nach Armenien ausfliegen. Die russischen Behörden hatten sie seit dem 25. September in der Transithalle des Moskauer Flughafens festgehalten. Die Behörden teilten ihr mit, dass ihr der Flüchtlingsstatus entzogen worden sei und sie 30 Jahre nicht mehr nach Russland einreisen dürfe. Ihr drohte die Abschiebung nach Usbekistan, wo sie der Gefahr von Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt gewesen wäre.

**INDONESIEN** – Saiful Mahdi wurde am 13. Oktober aus dem Gefängnis entlassen. Der Universitätsdozent war im April 2020 wegen einer Whatsapp-Nachricht der «Verleumdung» schuldig gesprochen worden. Nach monatelanger internationaler und nationaler Mobilisierung gewährte der indonesische Präsident Saiful Mahdi am 12. Oktober 2021 Amnestie. Alle Anklagen gegen ihn wurden fallen gelassen.



© ISAAC GUZMAN / Kontraster

**MEXIKO** – Es ist ein fast friedlicher Moment: Ein Paar küsst sich vor den zum Trocknen ausgelegten Kleidern am Ufer des Huixtla-Flusses in Mexiko. Die beiden sind wie Zehntausende andere Menschen aus Südamerika auf dem Weg in die USA. Die Reise ist beschwerlich. Immer öfter sind die Migrant\*innen schweren Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt, wie eine kürzlich veröffentlichte Recherche von Amnesty International aufzeigt. Besonders hart trifft es Menschen aus Haiti, die vor Naturkatastrophen und bewaffneten Banden flüchten. Viele werden unterwegs verhaftet oder durch die Grenzbehörden illegal zurückgedrängt. Rassismus, sexuelle Übergriffe und Gewalt gehören zu ihrem Alltag. Zeit für Zärtlichkeiten bleibt dabei kaum.

## Amnesty-Büros in Hongkong müssen schliessen

**CHINA** – Amnesty International schliesst bis zum Ende des Jahres ihre Büros in Hongkong. Die Sektion von Amnesty, die sich vornehmlich mit Menschenrechtsbildung befasste, sowie das Regionalbüro, das Teil des internationalen Sekretariats ist, können unter den gegebenen Umständen nicht weitermachen. «Das nationale Sicherheitsgesetz macht es Menschenrechtsorganisationen in Hongkong praktisch unmöglich, ohne Angst vor ernsthaften Vergeltungsmassnahmen der Regierung zu arbeiten», sagt Anjhula Mya Singh Bais, Vorsitzende des internationalen Vorstands von Amnesty International. Die regionalen Aktivitäten werden auf andere Standorte verlagert.

## Überwachung durch die Hintertür

**SCHWEIZ** – Auf dem Verordnungsweg will der Bundesrat der Polizei die Möglichkeit geben, vermeintlich «gefährliche» Personen 24 Stunden am Tag zu überwachen, obwohl diese weder einer Straftat noch einer konkreten Vorbereitungshandlung verdächtigt werden. Vor der Abstimmung zum Polizeimassnahmegesetz PMT hatten die Behörden noch ausdrücklich versichert, dass eine Echtzeitüberwachung im Rahmen des Hausarrests, der nur unter richterlicher Aufsicht angeordnet wird, nicht zulässig sei. Jetzt soll diese unverhältnismässige Überwachungsmethode ohne Rechtsgrundlage dennoch eingeführt werden.

## Menschen mit Albinismus schützen

**MALAWI** – Mit der steigenden Armut und der unzureichenden Gesundheitsversorgung nimmt der Aberglaube, dass die Knochen und Körperteile von Menschen mit Albinismus Glück, Wohlstand und Macht bringen, in Malawi wieder zu. So wurde im August die Leiche des 20-jährigen Ian Muhamba mit fehlenden Körperteilen gefunden. Eine Gruppe regionaler Albinismus-Verbände verabschiedete daraufhin eine Resolution, in der die Staats- und Regierungschefs der Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika aufgefordert werden, die Sicherheit von Menschen mit Albinismus zu gewährleisten.



Im Briefmarathon 2016 engagierten sich weltweit Aktivist\*innen für die von Albinismus betroffene Annie Alfred aus Malawi.

## Unrechtmässige Ausweisung

**DUBAI** – Die Polizei in den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) hat in einer gross angelegten Kampagne mindestens 375 afrikanische Arbeitsmigrant\*innen willkürlich festgenommen und deportiert. Sie wurden in nächtlichen Razzien aus ihren Häusern geholt und bis zu zwei Monate lang im Al-Wathba-Gefängnis festgehalten, wo sie entwürdigenden Bedingungen und mehrfachen Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt waren. Danach wurden sie kollektiv und ohne jegliches ordentliches Verfahren ausgewiesen. Die emiratische Polizei fälschte unter anderem PCR-Tests, um die Ausreise zu ermöglichen. Auch beraubte sie die Migrant\*innen ihrer Habseligkeiten, einschliesslich juristischer Dokumente. Der Zugang zu einem Rechtsbeistand, um die Ausschaffung anzufechten, wurde ihnen verwehrt.

Die von Amnesty befragten Ausgewiesenen gaben an, dass insbesondere afrikanische Menschen trotz legaler Aufenthaltsbewilligungen von den Schikanen betroffen waren und dass rassistische Motive dahintersteckten.

## JETZT ONLINE

■ **«Escape the Scan»:** Amnesty International und die Koalition Stop Killer Robots lancieren ein neues Augmented-Reality-Spiel, das auf die Gefahr von autonomen Waffensystemen aufmerksam macht. Das Spiel ist Teil einer Kampagne, die ein neues Gesetz zum Verbot von Killerrobotern fordert. «Escape the Scan» ist auf den Instagram- und Facebookseiten von Stop Killer Robots verfügbar.

■ **Lautstark in Bern:** Am 31. August haben von sexualisierter Gewalt Betroffene, Aktivist\*innen und spezialisierte Organisationen mit viel Lärm für die Forderung «Nur Ja heisst Ja im Sexualstrafrecht» manifestiert. Jetzt gibt es dazu ein Video mit Eindrücken von der Veranstaltung, begleitet von Informationen zum Thema und zur Kampagne.

Jetzt online unter [www.amnesty.ch/magazin-dezember21](http://www.amnesty.ch/magazin-dezember21)



© AP Photo/ Keystone

**Gefangen genommene Regierungssoldaten** und verbündete Milizionäre, bevor sie in die Stadt Mekele gebracht wurden, die von den Rebellen kontrolliert wird.

### Drohende Eskalation

**ÄTHIOPIEN** – Der Konflikt mit der Tigray People's Liberation Front (TPLF) und der Oromo Liberation Army (OLA) hat sich in den vergangenen Wochen deutlich verschärft. Das äthiopische Bundesparlament verhängte am 4. November den Ausnahmezustand und erliess weitreichende Notstandsmassnahmen. Diese erlauben es den Behörden beispielsweise, jede Person ohne Haftbefehl zu verhaften, wenn ein «begründeter Verdacht» besteht, dass sie mit «terroristischen Gruppen» zusammenarbeitet. Auch wurde jegliche Form der Meinungsäußerung verboten, die sich gegen diese Notstandsmassnahmen richtet. Besonders besorgniserregend ist die Tatsache, dass Regierungsangestellte die Zivilbevölkerung kürzlich aufgefordert haben, zu den Waffen zu greifen, um die TPLF abzuwehren.

### Von der Hinrichtung bedroht

**ÄGYPTEN** – Trotz der Aufhebung des Ausnahmezustands in Ägypten droht mindestens 36 Männern die Hinrichtung aufgrund von Verurteilungen nach unfairen Verfahren an Notstandsgerichten. Diese wurden im April 2017 mit dem Ausnahmezustand eingeführt. Amnesty fordert, dass die 36 Männer nun ein neues Verfahren erhalten. Trotz der Aufhebung des Ausnahmezustands werden die laufenden Prozesse gegen Hunderte Personen fortgesetzt, darunter Menschenrechtsverteidiger\*innen und Menschen, die friedlich demonstriert hatten. Ägypten hat im Jahr 2021 bisher mindestens 83 Personen hingerichtet, einige davon im Geheimen. Angehörige wurden zuvor nicht informiert und die Behörden verweigerten ihnen einen letzten Besuch, was gegen ägyptisches Recht verstösst.

### IN EIGENER SACHE

**NEUE REDAKTOR\*INNEN:** Im letzten Magazin hat sich die langjährige AMNESTY-Redaktorin Carole Scheidegger von Ihnen verabschiedet. Gerne begrüßen wir an dieser Stelle Natalie Wenger, die seit September als Co-Redaktorin das Magazin mitproduziert und der Sie vielleicht auch als Co-Mediensprecherin in Zeitungsartikeln, Radio und TV begegnen werden. Herzlich willkommen, Natalie! Ebenfalls herzlich begrüßen möchten wir Jean-Marie Banderet, der neu die französische Ausgabe verantwortet.

**DAS KREUZ MIT DEM STERN:** Es haben uns weniger kritische Briefe erreicht als erwartet: Nur eine Handvoll Leser\*innen haben uns geschrieben, dass sie das Gender-Sternchen störe, das wir im März eingeführt haben. Vielen Dank für diese Zuschriften. Wir nehmen Ihre Einwände ernst und beantworten gerne Ihre Fragen dazu. Uns erreichten auch Zuschriften von Leser\*innen, die sich dafür bedankten, dass wir eine inklusive Sprache verwenden und uns so gegen jede Form der Diskriminierung stellen. Wir werden den Stern weiterhin verwenden und hoffen, dass Sie dies verstehen.

**PAPIERKRISE:** Vielleicht haben Sie davon gehört: Es herrscht akuter Papiermangel auf dem Weltmarkt. Das geht so weit, dass gewisse Tageszeitungen mit weniger Seiten erscheinen müssen. Dies ist zum Teil eine direkte Folge der Corona-Krise, unter anderem wegen gestiegener Transportkosten. Für uns bedeutet das: Die Papierkosten des Amnesty-Magazins erhöhen sich. Leider steigen auch die Portogebühren. Daher würden wir uns sehr freuen, wenn Sie den Einzahlungsschein, den Sie mit dem Begleitbrief bekommen haben, verwenden.



# SORGE UM AFGHANISTAN



© EPA/STRINGER

**Mutige afghanische Frauen** verlangten Ende Oktober von den Taliban die Wiedereröffnung von Mädchenschulen.

Die Schulferien in der Schweiz gingen gerade zu Ende, da kam die Schreckensnachricht: Die Taliban hatten Afghanistan Mitte August unter ihre Kontrolle gebracht. Besorgt verfolgte ich die Berichte aus dem Land, das ich mehrfach als Journalistin besuchen durfte. Über Whatsapp und Signal erreichten mich Mitteilungen von Bekannten und ehemaligen Kolleg\*innen aus Kabul.

Vor 20 Jahren reiste ich als Fernsehreporterin zum ersten Mal in die Hauptstadt Afghanistans. Das flaue Gefühl im Magen beim sturzartigen Landeanflug auf Kabul habe ich danach noch einige Male erlebt. Nach der Ankunft war ich stets fasziniert von der grandiosen Bergkulisse, der quirligen Stadt, den freundlichen Menschen und der unglaublichen

Gastfreundschaft. Als Reporterin besuchte ich neu entstandene Mädchenschulen, interviewte Studentinnen, Politikerinnen und Menschenrechtsaktivistinnen und arbeitete mit TV-Kolleg\*innen zusammen. Immer konnte ich mich auf die Unterstützung der Dolmetscher\*innen, Fahrer und Guides verlassen. Sie alle schweben jetzt in Lebensgefahr.

Schon vor der Übernahme des Landes durch die Taliban war das Leben für alle gefährlich, die sich jahrelang für Gleichberechtigung und für eine bessere Zukunft eingesetzt hatten. Doch mit der Eroberung Kabuls durch die Taliban am 15. August verloren vor allem die Frauen und Mädchen des Landes auf einen Schlag ihr normales Leben. Denn die Taliban machten nie einen Hehl daraus, was sie davon halten, wenn Frauen lernen, studieren, arbeiten und in der Öffentlichkeit sichtbar sind. Diese Frauen müssen nun erst recht fürchten, dass sie und ihre Familien Ziel eines Anschlags werden. Seit der Machtübernahme dürfen Frauen und Mädchen nicht mehr zur Schule oder zur Arbeit. Die Jüngeren wissen nicht, wie ihnen geschieht. Die etwas Älteren, die bereits die letzte Herrschaft der Taliban miterleben mussten, haben Angst, verstecken sich.

Zwar sicherten die Taliban anfangs zu, die Menschenrechte achten zu wollen – im Rahmen

der Scharia. Sie versprachen, keine Rache zu üben an den Menschen, die für die geflohene Regierung, internationale Organisationen und westliche Staaten gearbeitet hatten. Sie gelobten, Minderheiten zu achten. Was ihr Wort wert ist, sehen wir seitdem. Amnesty International, andere Menschenrechtsorganisationen und Journalist\*innen mussten bereits zahlreiche Berichte über Menschenrechtsverletzungen und aussergerichtliche Tötungen veröffentlichen.

Die Menschen in Afghanistan werden ihrem Schicksal überlassen. Es gibt kaum Möglichkeiten zur Flucht, die Grenzen sind dicht, Papiere schwer zu bekommen, und die Flucht auf dem Landweg vorbei an den Kontrollen der Taliban ist lebensgefährlich. Die Schweiz hat, wie die meisten anderen europäischen Länder, gerade einmal die eigenen Lokalkräfte und ihre engsten Familienangehörigen ausgeflogen. Das ist nicht genug. In der Schweiz leben rund 20000 Afghan\*innen, die um das Leben ihrer Liebsten fürchten. Sie kämpfen weiter, wie auch wir es bei Amnesty tun. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass es sichere Fluchtrouten gibt und Afghan\*innen die Möglichkeit bekommen, in einem anderen Land Sicherheit zu finden. Denn das sind wir ihnen schuldig.

Alexandra Karle,  
Geschäftsleiterin Amnesty Schweiz

# Zu Tisch!

Zu den anstehenden Festtagen gehört auch gemeinsames Essen und Trinken. Längst haben fremde Küchen dabei ihren Platz erhalten. Doch viele unserer Lebensmittel haben problematische Hintergründe. Was sich die Produzent\*innen einfallen lassen, um die Herstellungsbedingungen zu verbessern, lesen Sie zu einigen Produkten auf unserem Tisch, angerichtet von den Redaktionen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz.

## Falafel: Gut integriert

Falafel, Hummus und Pita waren bis vor einigen Jahren hierzulande kaum bekannt. Wie zuvor Pizzerien oder Kebabstände erobern nun arabische Restaurants die Städte. Sie verdeutlichen den Einfluss der Migration auf unsere Essgewohnheiten und die Integrationsfähigkeit der Migrant\*innen.

Seite 22

## Fisch: Unappetitliche Jobs

Fisch ist lecker. Mehr als unappetitlich aber sind die Arbeitsbedingungen in der Fischerei und der Fischverarbeitung. Der Organisation Global Fishing Watch zufolge besteht bei gut einem Viertel der Fangschiffe weltweit der Verdacht auf ausbeuterische Arbeitsbedingungen. Laut der zuständigen Gewerkschaft ITF zählen dazu überbelegte Kabinen, eine extrem schlechte Bezahlung und Arbeitszeiten von zwanzig und mehr Stunden pro Tag. Um die Beschäftigten unter Druck zu setzen, nimmt man ihnen ihre Pässe ab. Auch sklavereiähnliche Arbeitsverhältnisse sind bekannt.

## Kaffee: Fair gehandelt

Guten Morgen! Kaffee ist für viele der unverzichtbare Wachmacher. Schön, wenn der Geschmack dank Direktimporten, fairen Preisen und Kooperationen nicht verdorben wird. Alternative Lieferketten wollen Ausbeutung und Monokulturen bekämpfen.

Seite 14



## Cashews: Giftige Kerne

Cashewkerne sind hierzulande ein beliebter und gesunder Snack. Doch die Kerne schaden der Gesundheit Tausender Arbeiterinnen in Indien. Denn die getrockneten Früchte enthalten ein giftiges Öl, das die Hände und Augen der Frauen verätzt. Die Hände vieler Frauen sind von der Säure geschwärzt, zerrissen und blutig. Handschuhe könnten helfen, doch sie sind teuer und würden die Arbeit verlangsamen. Das können sich die Frauen nicht leisten, denn sie werden pro Stück bezahlt. Vier bis sechs Franken verdienen sie pro Tag für eine Arbeit, die teils heftige Schmerzen verursacht. Mehrere Organisationen setzen sich dafür ein, den Schutz der Arbeiterinnen zu verbessern, um bleibende Gesundheitsschäden zu verhindern.

## Avocados: Gefährliches Superfood

Die Avocado gilt als Superfood, aber sie hat auch dunkle Seiten. So steht die Frucht im Mittelpunkt eines Konflikts in Mexiko, dem weltweit grössten Exporteur von Avocados. Kartelle bestehlen und erpressen örtliche Landwirt\*innen, die wiederum zu den Waffen greifen und lokale Milizen bilden, um ihren Lebensunterhalt zu sichern. Hinzu kommen fatale ökologische Auswirkungen: Um die rasant gestiegene Nachfrage des Westens zu befriedigen, werden in den Erzeugerländern Monokulturen angelegt, für die man Wälder abholzt. In Chile führte die wasserintensive Produktion mancherorts dazu, dass die Bevölkerung kein Trinkwasser mehr hatte.

## Tomaten: Produkt der Ausbeutung

Sie ist eine der beliebtesten Feldfrüchte: die Tomate. Bei ihrer Ernte werden jedoch weltweit Landarbeiter\*innen ausgebeutet. Im Süden Spaniens und Italiens macht sich eine Art moderner Sklaverei breit. Vermittler\*innen heuern billige Arbeitskräfte an – oft sind es Migrant\*innen ohne Aufenthaltstitel aus Afrika oder Südosteuropa. Für die Vermittlung, den Transport zu den Feldern und sogar für Trinkwasser verlangen die Mittelspersonen von den Arbeiter\*innen einen Teil des Lohns, der ohnehin gering ist. Nach Angaben von Gewerkschaften liegt er bei 30 Franken pro Tag. Wer sich beschwert, wird entlassen. Die Landarbeiter\*innen leben in behelfsmässigen Lagern und sind Misshandlungen und Willkür ausgesetzt. Landarbeiterinnen in Spanien und in den USA berichten von sexuellen Übergriffen während der Feldarbeit.



Illustriert von Merle Schewe

### Orangen: Bitter für Pflücker\*innen

In Brasilien schufteten die Orangenpflücker\*innen oft in sengender Hitze, erhalten kaum den Mindestlohn oder arbeiten ohne Vertrag. Die Organisation Public Eye hat festgestellt, dass sämtliche Verarbeitungsunternehmen für

Orangensaft das Recht auf gerechte Entlohnung und menschenwürdige Arbeitsbedingungen missachten. Während der Pandemie sind die Preise für Orangensaft auf den internationalen Märkten zwar gestiegen, nicht aber die Löhne der Pflücker\*innen.

### Pak Choi: Aus dem Hinterhof

Kleine Flächen statt grosser Felder: Mitten in Nairobi baut Joshua Kiamba für sich und andere Gemüse an. Und trägt damit zur Bekämpfung des Hungers bei, der in Corona-Zeiten zugenommen hat.

Seite 17

### Kakao: Übler Nachgeschmack

Abholzung, Pestizide, missbräuchliche Arbeitsbedingungen und Kinderarbeit sorgen seit Langem für Kritik an den grossen Schokoladefirmen. Diese haben sich 2001 verpflichtet, die Kinderarbeit deutlich zu reduzieren. Wie ein Bericht der Universität Chicago von 2020 nun zeigt, arbeiten aber nach wie vor 1,5 Millionen Kinder unter teils gefährlichen Bedingungen im Kakaoanbau, insbesondere in Ghana und Côte d'Ivoire, von wo rund 60 Prozent des weltweit produzierten Kakaos stammen. Die Schweiz ist nicht nur Sitz zahlreicher Schokoladeproduzenten:

Rund 30 Prozent aller Kakaobohnen werden von Schweizer Unternehmen gehandelt.

### Wasser: Mangel überall

Die Uno hat sich zum Ziel gesetzt, dass alle Menschen bis 2030 Zugang zu sauberem Wasser und sanitären Anlagen haben sollen. Doch bis heute mangelt es immer noch zwei Milliarden Menschen an Trinkwasser. 3,6 Milliarden Menschen, fast die Hälfte der Weltbevölkerung, müssen auf sichere sanitäre Anlagen verzichten. Die Situation hat sich in den vergangenen Jahren noch verschärft:

Wasserquellen trocknen aus oder werden verunreinigt. Dies begünstigt den Ausbruch von Seuchen und die Ausbreitung von Krankheiten.



## Soja: Verheerende Bohne

Soja ist für viele Länder Südamerikas eines der wichtigsten Exportprodukte. Der Anbau ist ökologisch wie menschenrechtlich hoch problematisch, denn Soja wird in riesigen Monokulturen produziert, für die Regenwald in Ackerland umgewandelt wird. Agrarkonzerne vertreiben indigene Völker und lokale Gemeinschaften von ihrem angestammten Land. Dass diese oft keine formellen Landtitel besitzen, spielt den Firmen in die Hände. Der starke Einsatz von Pestiziden, die teils giftig und deswegen in der EU verboten sind, schädigt die Gesundheit von Arbeiter\*innen und Anwohner\*innen. Ausserdem reichern sich die Giftstoffe in Böden und Gewässern an.

## Erdbeeren: Hungerlöhne für Migrant\*innen

Erdbeeren finden sich fast das ganze Jahr über in unseren Supermärkten. Um dies zu gewährleisten, werden Tausende Migrant\*innen auf Feldern im Süden Spaniens Opfer von Ausbeutung. Der Uno-Sonderberichterstatter für Armut und Menschenrechte, Philip Alston, sagte 2020 nach dem Besuch einer Unterkunft für Arbeiter\*innen in der Stadt Huelva, die dortigen Zustände zählten zu den schlimmsten, die er je gesehen habe. Die Menschen lebten ohne Toiletten, Strom und fließendes Wasser in einer improvisierten Zeltstadt. Die Migrant\*innen schufteten zudem für Hungerlöhne. Da viele weder lesen noch schreiben können und kein Spanisch sprechen, geraten sie schnell in Abhängigkeit und haben kaum Mittel, sich gegen Ausbeutung zu wehren.

## Whisky: Alternative zu Sake

Sake war gestern. Weil zehn Jahre nach dem GAU von Fukushima Produkte aus der Region noch immer einen schlechten Ruf haben, ist der Brauer Tetsuzo Yamaguchi auf Whisky umgestiegen.

Seite 18





## Pionier\*innen des «grünen Goldes»

**Kaffee ist eines der wichtigsten Handelsprodukte auf dem Weltmarkt. Doch oft werden die Bohnen unter Wert und unter Missachtung der Menschenrechte produziert und exportiert. Das könnte sich ändern: Kleine, engagierte Röstereien setzen auf Direktimport, faire Preise und Kooperation.**

Text und Bilder: Knut Henkel

**A**ugusto Salazar ist ein zurückhaltender Mann. Beim Besuch im Waldgarten hält er sich im Hintergrund, denn dies ist der Boden seiner Kollegin Flor Shiguango. Der 53-Jährige mustert hier und da die Blätter der prächtigen, rund drei Meter grossen Robusta-Sträucher, die neben Bananenstauden und Obstbäumen im Schatten hoher Urwaldriesen stehen. Salazar ist ein Pionier des Kaffeeanbaus in der Kleinstadt Archidona, die mitten in der Amazonasregion Ecuadors liegt. Hin und wieder nickt er zufrieden. Die zwei bis drei Hektaren grosse Chakra von Flor Shiguango scheint ihm zu gefallen.

Knut Henkel ist freier Journalist und schreibt vorwiegend über Mittel- und Südamerika.

Chakras nennt die indigene Bevölkerungsgruppe der Kichwa ihre am Rande des Regenwaldes liegenden Gärten, die fast alles liefern, was die Familien benötigen. Rund 6500 Menschen umfasst die lokale Kichwa-Gemeinde, die eigene Verwaltungsstrukturen aufgebaut hat und an deren Spitze seit 2019 erstmals eine Frau steht.

Zu dieser Gemeinde gehört auch die Kaffee-Genossenschaft Waylla Kuri, der Augusto Salazar vorsteht. Waylla Kuri bedeutet «grünes Gold» und bezieht sich nicht nur auf die dicken grünen und teilweise schon gereiften roten Kaffeekirschen, die zuhauf an den Ästen hängen, sondern auf alle Produkte aus dem Waldgarten. Zwischen 60 und 120 verschiedene Pflanzen gedeihen in einer typischen Chakra. «Die vielen unterschiedlichen Pflanzen schützen sich gegenseitig», sagt Salazar. Die Vielfalt sorgt dafür, dass der Schädlingsbefall gering bleibe.

Robusta-Bohnen, die wesentlich widerstandsfähiger sind als die bekannteren und teureren Arabica-Bohnen, kamen erst zu Beginn dieses Jahrtausends in Ecuadors Amazonasregion an. Augusto Salazar gehörte zu den Ersten, die die Sträucher anpflanzten. Der Erfolg gab ihm Recht und machte Schule. «Obwohl wir keine Erfahrung hatten, ist es uns schnell gelungen, Kaffee in guter Qualität zu produzieren», sagt Salazar. Mittlerweile ist Kaffee die wichtigste Einnahmequelle der Gemeinde. Alle Genossenschaftsmitglieder bewirtschaften eigene Parzellen, organisieren den Vertrieb der Kaffeebohnen aber gemeinsam. Rund 200 Kilogramm Ro-

**Inmitten des «grünen Goldes»:**

Seine Robusta-Sträucher sichern Augusto Salazars Existenz.

busta-Kaffee pro Jahr produziert Salazar, und nicht viel weniger werden es bei Flor Shiguango sein.

**Probleme mit dem Gütesiegel** | Das Projekt erlangte die Aufmerksamkeit von Andreas Felsen. Der Kaffeeröster, der für das Hamburger Kaffeekollektiv Quijote-Kaffee unterwegs ist, kam 2010 erstmals nach Arichdona. Er suchte Robusta-Bohnen für seinen Espresso und fand in der Genossenschaft Waylla Kuri eine Partnerin, mit der er gemeinsam etwas aufbauen konnte. Seit 2013 arbeitet Quijote-Kaffee nun mit Waylla Kuri zusammen. Die Abnahmemengen haben sich seither kontinuierlich erhöht.

Felsen schwört auf die langsame und gleichmässige Trocknung der Bohnen. Das bringe Qualität. Dass die Genoss\*innen von Waylla Kuri kein Biosiegel vorweisen können, spielt für ihn keine Rolle. «Wir sehen ja, wie nachhaltig hier gearbeitet wird. Das ist vorbildlich», sagt Felsen.

Das sieht auch sein Wiener Kollege Michael Prem so. Er steht mit Felsen an der Röstmaschine, um gemeinsam mit den Aumata, wie die Kaffeetechniker\*innen vor Ort heissen, herauszufinden, wie man das Beste aus den Bohnen herausholen kann. «Waylla Kuri ist die nachhaltigste Kaffeegenossenschaft, die ich kenne», sagt er. Doch Prem ärgert sich, dass er die Bohnen als konventionelle Ware anbieten muss – ohne Biosiegel. Das Problem: Die Zertifizierung kostet viel Geld, zu viel für die Genoss\*innen von Waylla Kuri. Das fehlende Zertifikat ist eine Hürde für den Verkauf des Kaffees. Gemeinsam mit den Experten der deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) wird daher derzeit über ein neues Siegel diskutiert und verhandelt – ein Siegel, das den nachhaltigen Anbaukriterien am Rande des Regenwaldes Rechnung trägt.

**Der Weg zu transparenterem Handel** | Konzentriert schauen die Aumata zu, wie Felsen und Prem den Röster bedienen. Die Spezialisten agieren auf Augenhöhe mit den Produzent\*innen, zahlen pro Pfund der aromatischen Bohnen fast einen US-Dollar mehr als den Weltmarktpreis. Dafür verlangen die Kaffeeröster aus Europa aber eine hohe Qualität.

In die Steigerung der Qualität wird gemeinsam investiert. «Wir finanzieren vor, indem wir 60 Prozent der Bestellmenge vor der Lieferung bezahlen, manchmal auch mehr», sagt Felsen. Auch Trockenzelte, in denen die Bohnen langsam und gleichmässig auf den optimalen Feuchtigkeitsgehalt gebracht werden, hat Quijote-Kaffee bezahlt. «Gemeinsam besser werden» ist das Motto des Kaffeekollektivs, das alle Kaufverträge online stellt und sich 2019 an der Transparenzinitiative «The Pledge» beteiligte. Ihr gehören 67 international

renommierte Röstereien aus drei Kontinenten an, die sich zum Ziel gesetzt haben, den Handel transparenter zu gestalten. Sie legen ihre Ankaufpreise, die Herkunft der Bohnen, die Kaffeequalität und die Abnahmemengen offen. Das gilt in der Branche normalerweise als Geschäftsgeheimnis.

Allerdings sei es mit festen Preisen oder der Offenlegung von Handelsdaten allein nicht getan, sagt Philipp Schallberger von den Schweizer Kaffeemacher\*innen aus der Nähe von Basel, die ebenfalls Teil der Initiative sind. «Die Produktions- und Transportkosten sind von Land zu Land verschieden. Daher ist es extrem schwierig, die Zahlen in den Kontext zu setzen.» Schallberger fragt deshalb direkt bei den Produzent\*innen nach, welchen Preis er für die aromatischen Bohnen bezahlen soll. Denn die Kaffeepreise sind oft zu niedrig.

Die Preise für Kaffee sanken in den letzten Jahren wegen Spekulation und Überproduktion teilweise so tief, dass die Produktionskosten nicht mehr gedeckt werden konnten. Die Produktion bringt wenig Geld ein. Gewinne erzielen meist nur die Länder, die den Kaffee importieren und rösten.

Beim Hamburger Kaffeekollektiv ist das anders: Zwischen 29 und 34 Prozent des Verkaufspreises gehen dorthin zurück, wo der Kaffee wächst. Das ist alles andere als branchenüblich. Für die Mitglieder der Genossenschaft Waylla Kuri führte dies zu einem höheren Lebensstandard, besserer Ausbildung und wachsendem Mut, für die eigenen Rechte einzustehen. Ohne die internationalen Partnerschaften hätten viele Menschen der Chakra den Rücken gekehrt, ist sich Augusto Salazar sicher. «Ohne Partner\*innen wie Quijote-Kaffee könnten wir unsere traditionelle Produktionsweise nicht aufrechterhalten.» |



**Andreas Felsen überprüft** die Qualität der Kaffeebohnen und der Maschinen von Waylla Kuri.



# Nahrung ist ein Menschenrecht

Das Recht auf Nahrung ist ein Menschenrecht – und doch müssen Millionen Menschen um ihr tägliches Brot kämpfen. Was genau garantiert dieses Recht? Von Malavika Vartak

Der Kühlschrank ist gut gefüllt, im Ofen backen die ersten Weihnachtsguetzli. In der Schweiz ist es für die meisten selbstverständlich, stets Zugang zu ausreichend Nahrungsmitteln zu haben. Doch leiden weltweit noch immer über 811 Millionen Menschen an Hunger. Der Klimawandel droht die Situation noch zu verschärfen, da die Lebensmittelproduktion durch die klimatischen Veränderungen stark beeinträchtigt wird. Das Welternährungsprogramm geht davon aus, dass bis 2050 zwanzig Prozent mehr Menschen an Hunger und Unterernährung leiden werden als heute.

Dabei ist das Recht auf Nahrung ein fundamentales Menschenrecht. Laut Artikel 11 im internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte hat jeder Mensch einen grundlegenden Anspruch auf ausreichende Ernährung. Wie der Uno-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte in den Anmerkungen zum Pakt schreibt, geht es nicht nur darum, keinen Hunger leiden zu müssen. Jeder Mensch habe das Recht, Nahrungsmittel zu erschwinglichen Preisen erstehen zu können, die gesund und kulturell akzeptabel sind.

Die Staaten dürfen den Zugang zu Nahrungsmitteln nicht behin-

dern und müssen sicherstellen, dass auch niemand anderes dies tut. Sind Menschen nicht in der Lage, sich selbst zu versorgen – zum Beispiel bei einer Naturkatastrophe oder einer Krise – muss der Staat Hilfe leisten.

Das Recht auf Nahrung wird nicht nur dann verletzt, wenn der Zugang zu Nahrung direkt verweigert wird – so in Konflikten, indem beispielsweise humanitäre Hilfe behindert wird. Auch wenn aufgrund der Hautfarbe, der ethnischen Zugehörigkeit, des Geschlechts oder anderer Merkmale Nahrungsmittel verweigert oder eingeschränkt werden, ist dies eine Menschenrechtsverletzung. So sind weltweit insbesondere Frauen überproportional von Ernährungsunsicherheit betroffen, weil sie unter anderem beim Zugang zu Land und Krediten diskriminiert werden. Frauen arbeiten auch häufiger in schlecht bezahlten Jobs und sind einem geschlechtsspezifischen Lohngefälle ausgesetzt.

Wo eine ausreichende soziale Sicherheit fehlt, werden Nahrungsmittel für Menschen, die in Armut leben, oft unerschwinglich. Die Staaten sind verpflichtet, alles zu tun, um das Recht auf Nahrung garantieren zu können; sie müssen dem Kampf gegen die Ursachen von Ernährungsunsicherheit höchste Priorität einräumen. |

## Wenig Produktives vom Ernährungsgipfel

Warum hungern immer mehr Menschen, obwohl mehr Lebensmittel produziert werden als je zuvor? Im September setzte sich der Ernährungsgipfel des Uno-Generalsekretärs (UNFSS) in New York mit dieser Frage auseinander. Nach Ansicht des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, António Guterres, sollte das Treffen einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, die Uno-Nachhaltigkeitsziele zu erreichen. Doch schon vor dem Gipfel hagelte es Kritik, denn er wurde vom World Economic Forum (WEF) organisiert. Bemängelt wurde, dass globale Konzerne im Fokus stünden, während die Perspektiven hungernder und von Armut betroffener Menschen missachtet würden. Zahlreiche NGOs hatten ihre Teilnahme an einem Vorbereitungstreffen im Sommer deswegen abgesagt.

Welche Ergebnisse brachte der Gipfel? Jedes Land soll für sich

Schwachstellen im Ernährungssystem identifizieren und nationale Aktionspläne aufstellen. NGOs, multinationale Konzerne und andere Akteure sollen aufzeigen, wie sie daran mitwirken wollen, dass sich das Ernährungssystem verbessert. Dies geschieht jedoch freiwillig, es gibt keine Verpflichtung.

Die Welthungerhilfe zieht eine zwiespältige Bilanz: «Allein schon die Tatsache, dass sich eine Vielzahl von Akteuren erstmals auf höchster Ebene mit «Ernährungssystemen» beschäftigte, ist ein Erfolg», teilte die Organisation mit. Sie kritisierte jedoch, dass der Blick auf das grosse Ganze fehle: «Zwar ist es wichtig und richtig, kontextspezifische Lösungen zu entwickeln, der einseitige Fokus auf Nationalstaaten ignoriert jedoch globale Zusammenhänge.» Ausgeblendet worden seien auch die Machtverhältnisse im globalen Handels- und Finanzsystem. |



Mit der Corona-Pandemie breitete sich auch der Hunger in Kenia weiter aus. Doch es gibt Hoffnung: In den Slums von Nairobi entstehen derweil kreative Gärten.

Von Bettina Rühl

## Selbstversorgung im Slum

Vorsichtig holt Joshua Kiamba ein Spinatpflänzchen aus einem kleinen Anzuchttopf und setzt es in eine halbierte PET-Flasche voller Steine. Dann stellt er diese in ein ungewöhnliches Hochbeet: Die Pflanzen wachsen nicht in Erde, sondern stehen mitsamt den PET-Flaschen in einem Wasserbad. Hydroponik heisst diese Art des Gartenbaus, bei der Pflanzen durch eine mineralische Nährlösung versorgt werden. «Das ist eine praktische Methode, weil wir hier so wenig Platz haben», erklärt Kiamba, der sich als leidenschaftlichen Bio-Bauern bezeichnet.

Joshua Kiamba lebt nicht, wie zu erwarten wäre, auf dem Land, sondern in Korogocho, einem der Slums der kenianischen Hauptstadt Nairobi. In den von Wellblechhütten gesäumten engen Gassen ist Kiambas kleine Parzelle eine Oase: Hier wächst aus PET-Flaschen eine Vielzahl von Gemüsesorten. In der einen Hälfte des Gartens stehen zwei Hydroponik-Beete, im anderen Bereich hat er einen Sackgarten. Dort gedeihen Spinat, Pak Choi, Sukuma Wiki und andere lokale Blattgemüsesorten in mit Erde gefüllten Säcken. Der Clou daran ist, dass die Pflanzen nicht nur die horizontale Fläche nutzen, sondern auch aus Löchern an den Seiten der Säcke wachsen, sodass sie übereinander in die Höhe streben können. So kann auf wenig Platz vergleichsweise viel Gemüse reifen. Im Platzmanagement hat es Kiamba zur Meisterschaft gebracht: Er nutzt praktisch jeden Zentimeter auf seinem Grundstück, befestigt die PET-Flaschen an der Grundstücksumfassung aus Wellblech und den Streben des Plastikdachs.

Was er erntet, verzehrt er mit seiner Familie und verkauft den Überschuss auf dem Markt. Da er am Ufer des Nairobi-Flusses, der durch Korogocho führt, auch etwas Mais anbaut, muss er keine Lebensmittel kaufen. «Ich bin Bauer wie meine Eltern, aber die lebten auf dem Land», sagt er. Seit dem Beginn der Corona-Pandemie weiss er seinen Beruf noch mehr zu schätzen als vorher: «Meine Familie und ich hatten immer genug zu essen. Wir sind in unserer Ernährung unabhängig.»



**Kreative Methoden gegen den Hunger** | Etliche Kenianer\*innen dagegen leiden unter den wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie, ihr Menschenrecht auf Nahrung bleibt häufig Theorie. Das gilt vor allem für die Bewohner\*innen von Vierteln wie Korogocho. Nach einer Studie des Afrikanischen Zentrums für Bevölkerungs- und Gesundheitsforschung (APHRC) ist in den städtischen Armenvierteln fast die Hälfte aller Kinder unter fünf Jahren für ihr Alter zu klein. Grund sei der Mangel an Nahrung in entscheidenden Wachstumsphasen, sagt die Wissenschaftlerin Elizabeth Kimani Morage vom APHRC. «Unseren Ergebnissen zufolge haben 80 Prozent der untersuchten Haushalte keinen zuverlässigen Zugang zu angemessener Nahrung.» Bei der Hälfte der Haushalte führe das zu ernststen Problemen – Hunger gehöre dort zum Alltag. Die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie hätten das Problem noch massiv verschärft, wie kürzlich stichprobenartige Befragungen von Familien in den Slums durch das APHRC ergeben hätten.

Der Anbau von Lebensmitteln auch auf kleinsten Flächen in den Städten gilt als vielversprechender Weg, um das Menschenrecht auf Nahrung zu verwirklichen. Initiativen wie Voices 4 Change oder die Organisation APHRC wollen deshalb kreative städtische Anbaumethoden fördern und weitem bekannt machen. In Korogocho soll Joshua Kiamba einer der wichtigsten Multiplikatoren werden. |

Bettina Rühl ist freischaffende Korrespondentin in Nairobi.

# Made in Fukushima

**Vor zehn Jahren havarierte im nordostjapanischen Fukushima ein Atomkraftwerk. Bis heute werden Fragen zur Sicherheit gestellt, insbesondere bei Nahrungsmitteln. Einige Menschen trauen den offiziellen Messungen nicht, andere wollen unbedingt wieder die Landwirtschaft fördern. Wieder andere satteln um. Ein Besuch vor Ort.** Text und Bilder: Felix Lill

**B**ei der Fahrt durch den japanischen Küstenort Futaba in der Präfektur Fukushima bemüht sich Tatsuhiko Yamane um Optimismus. Anlass dafür hat er kaum. Mit seinem Kleinwagen passiert Yamane eine alte Metzgerei zu seiner Rechten, die seit einem Jahrzehnt kein Mensch betreten hat. Die Decke ist eingestürzt, Hunde streunen durch die Ruine. Kurz dahinter steht ein zerrütteter Ziegelsteinbau, der in besseren Tagen ein kleines Lebensmittelgeschäft war. Zersprungene Fenster, eine verwaist Ladentheke. Die Shotengai – eine ehemalige Einkaufsstrasse – ist verlassen.

Das nördlich von Tokio gelegene Futaba gilt seit der Nuklearkatastrophe von Fukushima als Geisterstadt. «Am Tag der Katastrophe gab man den Leuten zwei Stunden, um alles zu packen und das Weite zu suchen», sagt der 36-jährige Yamane. Die 6000 Einwohner\*innen mussten evakuiert werden, zurückgekehrt sind sie bisher nicht.

Yamane, der im Gemeinderat der Stadt sitzt, hofft, dass die Menschen nächstes Jahr teilweise zurückkehren dürfen. Er gibt sich zuversichtlich, obwohl nur zehn Prozent der Bevölkerung tatsächlich eine Rückkehr planen. Gerade jüngere Familien haben inzwischen anderswo Wurzeln geschlagen oder halten das Leben in der alten Heimat für zu unsicher, fürchten sich vor der Strahlung. Am Bahnhof von Futaba misst ein festinstallierter Geigerzähler eine Strahlungsbelastung von 0,25 Mikrosievert die Stunde, etwas mehr als der Grenzwert von 0,23. In der Mehrzweckhalle, einen guten Kilometer von der Einkaufsstrasse entfernt, waren es zuletzt 2,88 Mikrosievert.

«Bald wollen wir wieder Reis anbauen», sagt Tatsuhiko Yamane, der mittlerweile landeinwärts zu teilweise brachliegenden Feldern fährt. Derzeit werden Probeernten durchgeführt. Die Ergebnisse der Strahlungsprüfungen könnten nächstes Jahr kommen. «Für viele Menschen hier bildeten die Äcker die Lebensgrundlage», sagt Yamane. Eine Rück-

kehr zur Landwirtschaft wäre gut für die lokale Wirtschaft – und für den Ruf der ganzen Region.

**Zweifelhafte Grenzwerte** | Vor zehn Jahren wurde der Präfektur Fukushima ein trauriger Ruhm zuteil. Am 11. März 2011 begann die Erde heftig zu beben. Es wurde ein Erdbeben der Stärke 9,0 gemessen. Danach brach eine 20 Meter hohe Welle über die Küste herein, die ganze Dörfer verschluckte. Hunderttausende verloren ihr Zuhause, an die 20000 Menschen ihr Leben. Doch dem nicht genug: Der Tsunami traf auch das direkt am Wasser gelegene Atomkraftwerk Fukushima Daiichi mit voller Wucht. In drei der sechs Reaktoren kam es zu Kernschmelzen, Radioaktivität trat aus. Alle Menschen im Umkreis von 30 Kilometern von der Kraftwerksruine mussten die Region verlassen. In Japan beschrieb man Orte wie Futaba fortan als «Geisterstädte» – die Infrastruktur war noch vorhanden, das Leben nicht.

Wird das Leben zurückkommen? Und wäre das richtig? 55 Kilometer südlich von Futaba, in der 335000 Einwohner\*innen zählenden Stadt Iwaki, macht sich Mayumi Iida täglich Gedanken darüber. «Ich finde es gut, dass die Bauern in Futaba wieder anbauen wollen. Aber ich bin skeptisch», sagt sie. Mayumi Iida, Mutter eines zehnjährigen Kindes, arbeitet für die Privatklinik Tarachine, die in den Monaten nach dem Atom-GAU gegründet wurde.

Mehrere Frauen aus Iwaki sammelten aus Sorge um ihre Kinder Spenden für Messgeräte und die Beschäftigung medizinischen Personals. Heute stehen in den Räumlichkeiten der unabhängigen Klinik Tarachine mehrere Maschinen, die Beta- und Gammastrahlung bis auf zwei Stellen nach dem Komma angeben. Damit soll der Regierung auf die Finger geschaut werden. «Die Ergebnisse sind in der Regel ähnlich», sagt Mayumi Iida. «Aber unsere Maschinen sind genauer.» Die offiziellen Grenzwerte, etwa für den sicheren Verzehr von Nahrungsmitteln, stellt die Klinik Tarachine infrage.

Bei Messwerten von unter 100 Becquerel sind Nahrungsmittel laut der japanischen Regierung allgemein essbar. «Die-

Felix Lill ist Journalist und Autor und schreibt vorwiegend über Japan und Südostasien.



**In der Klinik Tarachine** werden Lebensmittel auf ihre Strahlenbelastung getestet.



**Der Küstenort Futaba ist eine Geisterstadt.** Die Einwohner\*innen wurden nach der Nuklearkatastrophe evakuiert.

se Zahlen richten sich aber nach männlichen Personen in der Pubertät», sagt Iida. «Menschen sind jedoch nicht gleich, Kinder etwa sind anfälliger.» Hinzu kämen individuelle Unterschiede bei der Verträglichkeit. Dies bestätigen Expert\*innen. Laut Alex Rosen, Vorsitzender der Anti-Atomkraft-Vereinigung IPPNW, die seit Jahren die Strahlung in Fukushima untersucht, reagiert jeder Körper anders auf Strahlung. Ein allgemeiner Grenzwert für alle sei deshalb ungenau.

Bei Tarachine können Einwohner\*innen von Fukushima ihre Nahrungsmittel testen lassen. Die Angestellten der Klinik selbst sammeln Nahrungsmittel, für die Fukushima traditionell jahrzehntelang bekannt gewesen ist: Pfirsiche und Reis vom Feld, Pilze aus dem Wald, Fische aus Fluss und Meer. «Sobald unsere Maschinen auch nur zwei Stellen hinter dem Komma einen Wert über null messen, erklären wir die Nahrungsmittel für nicht essbar», sagt Mayumi Iida. Dies komme regelmässig vor.

**Im Stich gelassen** | Viele Menschen in Fukushima fühlen sich allein gelassen, in ihren Menschenrechten verletzt. Artikel 25 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte postuliert: «Jeder Mensch hat Anspruch auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohlbefinden einschliesslich Nahrung, Kleidung, Woh-

nung, ärztlicher Betreuung und der notwendigen Leistungen der sozialen Fürsorge gewährleistet.»

Die japanische Regierung betont zwar, jedes in den Verkauf gehende Lebensmittelerzeugnis werde geprüft. Doch das reicht laut Mayumi Iida nicht. «Bei Landwirtschaftskooperativen oder der Fischerei wird längst nicht alles verkauft, was geerntet oder gefischt wird. Man gibt etwas an Freunde weiter oder man isst es selbst.» Die Lage in der Fischerei sei schwierig, weil nicht alle Substanzen, denen ein Fisch im Wasser ausgesetzt ist, mit der derzeitigen Technologie herausgefiltert werden können.

Hinzu kommt, dass die Regierung im Frühjahr verkündete, in Zukunft das für die Kühlung der schmorenden Atomreaktoren verwendete Wasser in den Ozean zu leiten, da auf dem Kraftwerksgelände der Lagerplatz ausgeht. Diese Ankündigung sorgte in Japan und international für Aufruhr. Obwohl die Regierung beteuerte, das Wasser würde entsprechend gereinigt, protestierten die Fischereiverbände. Die Regierung bot Ende August an, jene Produkte aufzukaufen, die die Fischer nicht absetzen können. Die Reputation von Fisch aus der Region wird sich so jedoch kaum verbessern. Die für den Handel wichtigen Nachbarländer China, Südkorea und Taiwan importieren bis heute keine Lebensmittel aus Fukushima. Zu sehr klingt die Region noch nach Gefahr.

## «Wir müssen den Ruf von Fukushima wieder verbessern. Es geht auch um unsere Lebensgrundlage und unser Recht, unsere Produkte zu verkaufen.»

Tetsuzo Yamaguchi

**Kreativität ist gefragt** | Das spürt auch Tetsuzo Yamaguchi, ein 68-jähriger Sake-Brauer aus der 330 000 Einwohner\*innen zählenden Stadt Koriyama. Yamaguchis Heimat liegt im Landesinneren, 70 Kilometer von der Kraftwerksruine entfernt, und musste nie evakuiert werden. Trotzdem leidet Yamaguchis Familienbetrieb Sasanokawa, den er in zehnter Generation führt, bis heute unter den Folgen der Katastrophe. «Früher waren unsere wichtigsten Exportmärkte China und Südkorea», erzählt er, als er über das geräumige Betriebsgelände geht.

«Da vorne befindet sich die Produktionshalle für Nihonshu. Das ist der Reisschnaps, den man im Ausland oft Sake nennt. Geschäftlich ist der für uns mittlerweile irrelevant.»



Tetsuzo Yamaguchi braut heute statt Sake lokalen Whisky.

Denn die ostasiatischen Nachbarländer, mit denen Japans diplomatische Beziehungen ohnehin schwierig sind, importieren bis heute keine Nahrungsmittelerzeugnisse mit dem Label Fukushima. So sind die Verkäufe der traditionellen japanischen Spirituosen auf ein Drittel des Vorkrisenniveaus gefallen. «Unser Wasser ist rein, unser Reis ist sauber», beteuert Yamaguchi. «Es gab hier keine Auswirkungen durch den Atomunfall.» Tatsächlich werden in der Region Strahlenbelastungen von gerade mal 0,09 Mikrosievert gemessen. Das ist weniger als in Singapur oder Seoul.

In den Tagen der Katastrophe gehörte Tetsuzo Yamaguchi zu denjenigen, die den Evakuierten Hilfe anboten. In der Nachbarschaft wurde eine temporäre Unterkunft errichtet. Die Belegschaft von Sasanokawa braute wochenlang warmen Punsch, der den Geflüchteten gratis Getränke angeboten wurde. Doch im Ausland kam die Botschaft, dass es auch innerhalb Fukushimas sichere Orte gab, nicht an. «Das Geschäft mit Nihonshu haben wir über Generationen erfolgreich betrieben. Aber allmählich gebe ich auf», sagt Yamaguchi.

Er kann es sich leisten, auf die Produktion von Sake zu verzichten. Sein Betriebsgelände hat genügend Hallen, um andere Spirituosen herzustellen. Darauf konzentriert er sich mittlerweile. «Vor ein paar Jahren riet mir ein Kunde, es mit Whisky zu versuchen», sagt er. Yamaguchi, dessen Betrieb sich in den Nachkriegsjahrzehnten schon einmal im Brennen des europäischen Destillats versucht hatte, zögerte zuerst, probierte es dann aber aus. «Die Brennblasen von damals hatten wir noch.»

Yamaguchi importierte schottische Whiskys, mischte diese und lagerte sie in eigenen Fässern. So entstand vor einigen Jahren der erste Blended Whisky aus Fukushima. Mittlerweile kauft der Betrieb das Getreide ein und brennt selbst. Unter dem Markennamen «Asaka The First Peated» kam Anfang Jahr ein Single Malt auf den Markt. «Der war nach ein paar Wochen fast vergriffen», sagt Yamaguchi.

In 40 Länder, insbesondere die USA und Europa, exportiert Sasanokawa heute Whisky. Damit sieht sich Tetsuzo Yamaguchi auch als Botschafter seiner Heimatregion. Die am meisten verkaufte Produktlinie seines Hauses, ein Blended Whisky namens «963», ist nach der Postleitzahl seiner Heimatstadt Koriyama benannt. «Wir müssen den Ruf von Fukushima wieder verbessern. Es geht auch um unsere Lebensgrundlage und unser Recht, unsere Produkte zu verkaufen.»

# Hunger in der Arktis

**Überteuert, faulig, rar: Die Lebensmittelsituation im hohen Norden Kanadas ist angespannt. Gerade in indigenen Haushalten kommt oft nicht genug Essen auf den Tisch. Das soll sich nun ändern: Eine neue Strategie soll weitreichende Veränderungen bringen.** Von Natalie Wenger

Lebensmittel sind teuer in den nördlichen Provinzen Kanadas. Richtig teuer. Immer wieder teilen Einwohner\*innen auf den sozialen Medien Fotos von den Preisen. Eine Packung Vanillekekse: 18 Dollar (ca. 13 Franken). Eine Büchse Baby-nahrung: 26,99 Dollar. Neun Blaubeermuffins: 68,99 Dollar.

Die Preise sind oft doppelt oder dreimal so hoch wie im Süden Kanadas. Viele der 65 000 Menschen aus dem Gebiet Inuit Nunangat, der Heimat der Inuit im Norden Kanadas, müssen einen Grossteil ihres Einkommens für Lebensmittel aufwenden – rund 500 Dollar pro Woche. Manche können sich die Waren kaum leisten: Laut einem Bericht der Organisation Inuit Tapirit Kanatami (ITK) sind 76 Prozent der Inuit über 15 Jahren von Ernährungsunsicherheit betroffen, sechsmal mehr als der kanadische Durchschnitt.

Die Gemeinschaften leben in abgelegenen Gebieten. Nur zwei Gemeinden verfügen über einen ganzjährigen Strassenzugang, der Rest ist auf Flug- oder Schiffstransporte angewiesen. Die einzige Anlegestelle, die grössere Boote abfertigen kann, ist mehrere Hundert Kilometer von der nächsten Siedlung entfernt. Grosslieferungen von nicht verderblichen Lebensmitteln und Treibstoff gibt es nur zwei- bis dreimal pro Jahr. Frische Lebensmittel müssen eingeflogen werden, zu Kleinstflughäfen mit Schotterpisten aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs.

**Abhängigkeit von Unternehmen** | Die Krise hat historische Wurzeln: In den 1900er-Jahren wurden Inuit-Gemeinschaften gezwungen, weiter in den Norden zu ziehen, sich in Städten niederzulassen und Internatsschulen zu besuchen. Die Kolonialregierung hinderte die Inuit daran, ihre eigenen Lebensmittel zu ernten, zu fischen, zu jagen. Lebensmittelunternehmen und Schifffahrtsgesellschaften, die sich in



Die hohen Lebensmittelpreise im Norden Kanadas belasten die indigene Bevölkerung.

der Region breit machten, kontrollierten, wer wie viel und welche Nahrungsmittel kaufen konnte. Bis heute haben diese Unternehmen eine immense Macht über den Zugang zu Lebensmitteln. Sie koordinieren die meisten Flüge und Seetransporte und sind für die Lieferungen von Nutrition North zuständig, einem nationalen Lebensmittelsubventionsprogramm.

Vor fünf Jahren wurde eine Reihe von kurzfristigen Massnahmen eingeführt, darunter Lebensmittelbanken, Suppenküchen und Schulfrühstücksprogramme, die den Hunger in der Arktis beenden sollten. Diese Massnahmen reichten nicht, kritisierte ITK und veröffentlichte Mitte Juli 2021 eine umfassende Ernährungssicherheitsstrategie, die weitreichende Veränderungen beinhaltet. Die ITK fordert, dass die Regierung mehr in lokale Fluggesellschaften und die Lebensmittelproduktion vor Ort investiert sowie Lagerhäuser aufbaut, in denen Lebensmittel ordnungsgemäss gelagert werden können. Der Bericht schlägt ausserdem ein garantiertes Einkommen für einkommensschwache Inuit vor und verlangt, dass die Einwohner\*innen über Investitionen in lokale Lebensmittelprogramme mitentscheiden können. Die Forderungen zeigten Wirkung: Die Regierung rief eine neue Arbeitsgruppe ins Leben und sprach 163 Millionen Dollar, um Programme zur Ernährungssicherung zu entwickeln und zu verbessern.

Bis die Programme zum Laufen kommen, haben die Inuit eine eigene Strategie, damit niemand hungern muss: Sie teilen. Wer kann, lädt Nachbar\*innen und Bekannte zum Essen ein. Oder postet eine Einladung in den sozialen Medien, damit alle, die eine herzhaft Mahlzeit brauchen, vorbeikommen können.

# Wenn Essen Menschen zusammenbringt

Essen bedeutet Genuss, kann aber auch eine soziale Integrationsfunktion haben. Das zeigen zwei Projekte in Genf: ein von syrischen Flüchtlingen betriebener Catering-Service und ein von Gehörlosen und Hörgeschädigten geführtes Restaurant. Von Olalla Piñeiro Trigo

**M**arinierte Hähnchenspiesse, eine Schale mit cremigem Hummus und ein Berg Batata Harra: Jessie Bali bereitet in der Küche von Pistache et Rose die bestellten Menüs für den nächsten Tag vor. Die ursprünglich aus Aleppo stammende Architektin lebt mit ihrem Mann und ihren drei Kindern seit sieben Jahren in Genf. Den Catering-Service hat sie 2019 aus Liebe zum Kochen aufgebaut, aber auch, weil sie Frauen aus Syrien beschäftigen wollte, damit diese sich in den Arbeitsmarkt integrieren können.

Jessy weiss, wie schwierig es ist, in der Schweiz eine Arbeitsstelle zu finden. Fast fünf Jahre lang suchte sie vergeblich einen Job. Heute arbeitet sie zusätzlich zu ihrem Catering-Service Teilzeit in einem Architekturbüro. Zuerst absolvierte sie eine Reihe von Praktika, dann machte sie den Master in Denkmalpflege an der Universität Genf. «Ich habe mich immer wieder beworben, aber ich bekam keine Antwort oder wurde abgelehnt – trotz meines

Universitätsabschlusses und obwohl ich bereits Französisch konnte. Stellen Sie sich die Situation anderer Frauen vor, die nicht über diesen Hintergrund verfügen.»

Die Idee für den Catering-Service hatte Jessie schon lange. Doch erst als eine Freundin ihr von Alter Start erzählte, einer Organisation, die Migrant\*innen bei ihren beruflichen Projekten unterstützt, tat sich etwas. 40 Prozent der Teilnehmenden wenden sich schliesslich dem Gastgewerbe zu – so auch Jessie. Sie werden in Management und Administration einer Küche ausgebildet, kochen mit einem professionellen Koch und bieten Gästen Menüs an, die ihre Kultur widerspiegeln. Für Jacques Barou, Migrationssoziologe und Forschungsdirektor am französischen Forschungsinstitut Centre national de la recherche scientifique (CNRS), ist das Gastgewerbe attraktiv, weil hier ein erster Schritt zum Bestreiten des Lebensunterhalts gemacht werden kann. Und weil hier der «Schock des Exils» gemildert wird: «Geschmacksempfindungen sind mit Emotionen verbunden. In einem fremden Land fühlen wir uns oft verlassen. Das Essen verbindet uns mit der Familie, mit den Erinnerungen und ist ein Bezugspunkt zur eigenen Identität.»

Jacques Barou zufolge hat die Migration zu einer Veränderung der Konsumgewohnheiten geführt. «In den 1950er-Jahren waren ausländische Restaurants etwas Exotisches und wurden nur selten von Westlern besucht. Heutzutage nehmen sie einen zentralen Platz in unseren Gesellschaften ein.» Allerdings können Lebensmittel auch Ablehnung hervorrufen, wie die Angriffe auf Kebabstände in Frankreich zeigen.

Schon als Kind stand Jessie täglich in der Küche: Ihr Onkel betrieb ein eigenes Restaurant, ihre Mutter und ihre Grossmutter seien «begnadete Köchinnen» gewesen. Trotzdem hatte sich Jessie nie vorstellen können, einst die Küche ihren Arbeitsplatz zu nennen. Nun steckt sie ihr ganzes Herzblut in das Catering-Geschäft. Hier treffen christliche und muslimische Frauen mit unterschiedlichen sozialen Hintergründen aufeinander. Migrantinnen, die von ihren Familien getrennt wurden, finden hier einen sicheren Raum.

Jessys Küche bietet typische Gerichte aus Aleppo an. «In der Schweiz ist mir aufgefallen, dass die Speisekarten der libanesischen



Das Restaurant Vroom soll Gehörlose und Hörende miteinander in Kontakt bringen.



Die Gerichte des Restaurants Pistache et Rose sind eine Liebeserklärung an Aleppo.



In Jessy Balis Küche finden viele Migrantinnen ein zweites Zuhause.

und der syrischen Restaurants immer ähnlich sind. So sind die Kibbeh überall gleich, dabei gibt es über fünfzig Varianten!« Nebst zehn unterschiedlichen Versionen dieser Hackfleischbällchen bietet Pistache et Rose die Klassiker Hummus und Labneh, aber auch viele andere, hierzulande weniger bekannte Gerichte an. «Das Kochen erlaubt uns, den Schweizer\*innen unsere Kultur näherzubringen und gleichzeitig die Erinnerung an unsere Heimat zu bewahren.»

**Stereotype abbauen** | Auch für andere Menschen kann die Küche ein Mittel zur Integration und Inklusion sein. Das Tagesgericht bestellen, ohne zu sprechen? Das ist das Konzept von Vroom, einem von Gehörlosen und Hörgeschädigten geführten Restaurant, das Anfang 2022 im Zentrum von Genf eröffnet werden soll. Eine Premiere in der Schweiz. «Dieses Restaurant wird zeigen, dass gehörlose und hörende Menschen Hand in Hand arbeiten können», sagt Mehari Afewerki, der Initiator des Projekts, der selbst gehörlos ist. Elodie Ernst, die Kommunikationsmanagerin des Projekts, fügt hinzu: «Das Projekt wird auch dazu beitragen, die immer noch zahlreichen Vorurteile über Behinderungen zu dekonstruieren.»

Das Ziel von Vroom ist es, nicht nur einen Treffpunkt für Gehörlose zu schaffen, sondern auch das Bewusstsein für Behinderungen zu schärfen. Dazu muss das Restaurant an die Bedürfnisse der Gehörlosen angepasst sein: Eine gute Sicht hat dabei oberste Priorität, so soll die Küche zum Speisesaal hin geöffnet sein. Helle Möbel und Fenster sorgen für ausreichend Licht. Die Kund\*innen können ihre Bestellungen über ein Tablet aufgeben und mit einem aufleuchtenden Gerät die Kellner\*innen herbeibitten. An jedem Tisch wird ein Handbuch aufliegen, das die Grundlagen der Gebärdensprache für die Verständigung im Restaurant erklärt. «Hörende Menschen gehen davon aus, dass die Kommunikation mit Gehörlosen beinahe unmöglich ist», sagt Mehari. Dabei gebe es mehr als nur die gesprochene Sprache: «Wir können von den Lippen lesen, es gibt Gesten und auch die Schrift. Wenn alle ein paar Grundkenntnisse der Gebärdensprache erwerben würden, wäre es viel einfacher.» So sollen gelegentlich Gebärdensprach-Workshops und stille Abende veranstaltet werden, damit die Kund\*innen in diese Welt eintauchen können.

Derzeit arbeitet Mehari in einem eritreischen Restaurant. Er sagt, er habe Glück gehabt, einen aufgeschlossenen Arbeitgeber zu finden. «Bei meinen Kochprüfungen wurde mir ein Dolmetscher verweigert, obwohl ich gesetzlich dazu berechtigt bin. Ich musste kämpfen, um meinen Anspruch durchzusetzen.» Er ist überzeugt, dass Vielfalt der Schlüssel zur Inklusion ist: «Ich habe natürlich eine Weile gebraucht, um mich anzupassen. Ich habe Fehler gemacht, ich habe Cola statt Wein serviert. Aber nach und nach begriff die Kundschaft, dass sie mich ansehen muss, um sich zu verständigen. Ich bringe den Gästen grundlegende Zeichen bei. Ich kann alles machen, ausser telefonieren!»

Stereotype gegenüber Hörbehinderten wirken sich auf den Arbeitsmarkt aus. In Europa sind nach Angaben der Europäischen Kommission mehr als 50 Prozent der gehörlosen Bevölkerung arbeitslos. In der Schweiz sind sie im Durchschnitt viermal stärker von Arbeitslosigkeit betroffen. Die Corona-Krise hat die Ausgrenzung noch verschärft. «Die Masken verhindern, dass wir die Mimik unserer Mitmenschen erkennen und von den Lippen ablesen können», sagt Elodie. Die meisten würden sich weigern, ihre Masken abzunehmen. Mehari und Elodie hoffen, dass ihr Restaurant das Bewusstsein für Hörbehinderte schärft und dass weitere Arbeitgeber\*innen ermutigt werden, integrative Teams aufzubauen. |

**«Geschmacksempfindungen sind mit Emotionen verbunden. In einem fremden Land fühlen wir uns oft verlassen. Das Essen verbindet uns mit der Familie, mit den Erinnerungen und ist ein Bezugspunkt zur eigenen Identität.»**



## Der Erinnerung verpflichtet

Ladislaus Löb war einer der letzten Holocaustüberlebenden in der Schweiz. Trotz den schmerzhaften Erinnerungen setzte sich der Zeitzeuge dafür ein, dass die Shoa nicht vergessen geht. Kurz vor seinem unerwarteten Tod erzählte er vom Schicksal der sogenannten Kasztner-Juden.

Von Manuela Reimann Graf



**Die Erinnerung an den Holocaust erhalten:** Dafür setzte sich Ladislaus Löb ein.

«Als wir am 7. Dezember 1944 die Grenze zur Schweiz überquerten und endlich frei waren, konnten wir es fast nicht glauben: Wir waren hungrig, verdreckt und müde von der langen Reise, die wegen der Fliegeralarme ständig unterbrochen wurde. Wir waren voller Hoffnung, hatten den Schrecken des Konzentrationslagers überstanden.» Dies erzählte Ladislaus Löb Mitte September beim Gespräch in seiner Wohnung im Zürcher Stadtzentrum. «Was wir erlebt hatten, war so unglaublich in seiner Grausamkeit, dass ich mir manchmal fast selbst nicht glaube, wenn ich zum Beispiel vor Schulklassen davon berichte.» Im Winter 1944 war Ladislaus Löb als Kind aus dem Konzentrationslager Bergen-Belsen entkommen, wo 50 000 Menschen den Tod fanden. Kurze Zeit nach dem Treffen, bei welchem ich einen beeindruckenden, weltoffenen und noch sehr agilen Rentner kennenlernte, starb der 88-Jährige überraschend.

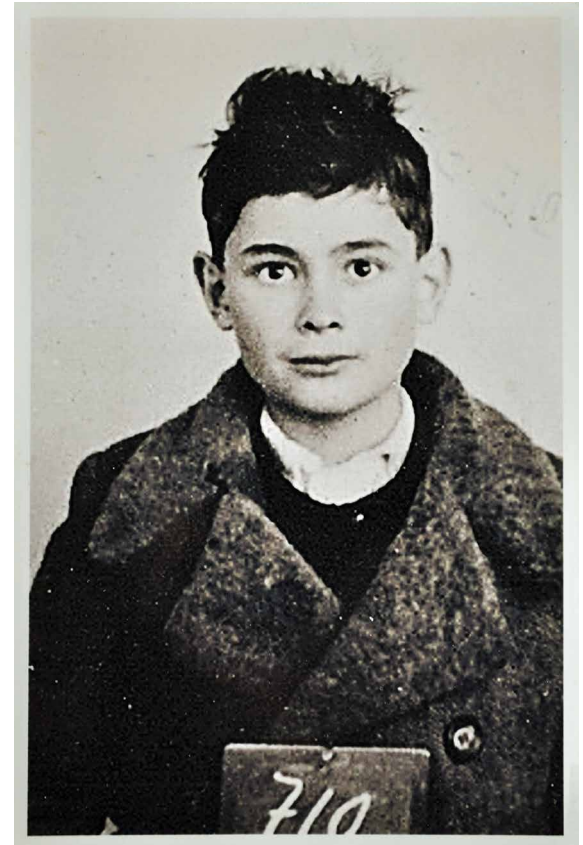
Viele der Holocaust-Überlebenden sprachen nach dem Krieg nie über das Durchgemachte, die Shoa wurde zum Tabuthema – zu gross war das Trauma, zu schmerzhaft waren die Erinnerungen an diejenigen, die nicht überlebt hatten. Auch Ladislaus Löb hatte sich jahrelang nicht mit dem Holocaust auseinandergesetzt. «Ich wollte zunächst einfach leben, nicht mehr daran denken. Doch mit der Zeit begann ich eine tiefe Verpflichtung zu spüren: Ich musste festhalten, was wirklich geschehen war», sagte er. 60 Jahre nach seiner Rettung aus dem KZ schrieb Löb ein Buch, in welchem er seine Erlebnisse aufarbeitete. «An die, die nicht überlebt hatten, wollte ich erinnern. Und an meinen Vater. Sein Mut, seine Tapferkeit und auch seine Gewitztheit haben mir damals das Leben gerettet. Ich wünschte, ich hätte zu seinen Lebzeiten

mehr Dank und Respekt gezeigt.» Das Buch handelt auch vom wenig bekannten Schicksal der ungarischen Juden und Jüdinnen. Und vor allem vom jüdisch-zionistischen Juristen und Journalisten Rezső Kasztner, der Hunderte gerettet hat.

«Die Austauschjuden» | Ladislaus Löb wurde 1933 im damals zu Rumänien gehörenden Siebenbürgen geboren, das später Teil Ungarns wurde. Seine Mutter starb, als er 9 Jahre alt war. Schon früh erlebte der Bub Judenhass, wurde in der Schule diskriminiert und gegängelt. Als Hitlers Armee das Land besetzte, mussten Vater und Sohn ins Getto von Koloswar, wo elende Zustände herrschten. In Erahnung von weit Schlimmerem flohen die beiden nach Budapest. Kurz danach wurde der im Getto verbliebene Rest der Familie nach Auschwitz deportiert und ermordet. «Dass mein Vater rechtzeitig mit mir flüchtete, hat uns das Leben gerettet.»

Dank des Vaters Beharrlichkeit wurden Vater und Sohn Teil der sogenannten Kasztner-Gruppe: Durch die Vermittlung eines jüdischen Hilfskomitees, dem Rezső Kasztner vorstand, wurde eine Gruppe von 1700 «Ungarnjuden» nicht wie mehr als 400 000 andere nach Auschwitz verfrachtet, sondern in Viehwaggons ins Konzentrationslager Bergen-Belsen gebracht. Dieses KZ war kein Vernichtungslager wie Auschwitz, sondern ein Aufenthaltslager für sogenannte Austauschhäftlinge. Diese wurden als Geiseln festgehalten, um später gegen Devisen, Waren oder deutsche Gefangene eingetauscht zu werden. Ladislaus Löb war damals 11 Jahre alt.

Obwohl sie im Lager ein Leben unter erbärmlichsten Bedingungen fristeten, hätten es die Gefangenen im «Ungarnlager» verhältnismässig gut gehabt, betonte Löb immer wieder. «In den anderen Lagerteilen wurden Tausende unter weit schlimmeren Bedingungen festgehalten.» Unzählige starben an Krankheiten, Unter-



Der 11-jährige Ladislaus Löb nach der Ankunft in der Schweiz, gerettet aus dem KZ.

ernährung oder durch die Brutalität der Lagerbetreuer\*innen. Nur die wenigsten kamen frei, für viele war es eine Zwischenstation auf dem Weg in ein Vernichtungslager, wo sie dann ermordet wurden. «Auch wir lebten mit der ständigen Angst, doch noch nach Auschwitz gebracht und vergast zu werden», sagte Löb.

Gegen Geld eingetauscht | Die hartnäckigen Verhandlungen Rezső Kasztner mit SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann, dem Architekten der «Endlösung», die komplizierten Geldbeschaffungsversuche und die schwierige Frage, welche Menschen für den Freikauf ausgewählt würden, hat Löb in seinem Buch «Geschäfte mit dem Teufel» akribisch dokumentiert. Auch die

unangenehmen Seiten der Geschichte werden thematisiert, so die Begünstigung der eigenen Angehörigen unter den jüdischen Gefangenen. «Mein Buch sollte bei der Wahrheit bleiben», betonte Löb. «Und so objektiv sein, wie möglich.» Folglich kommt auch Kasztner im Buch nicht nur gut weg: Löb beschreibt ihn als zwiespältige Figur, überheblich und ehrgeizig. Nach dem Krieg wird

Kasztner in Israel der Kollaboration mit den Nazis beschuldigt und 1957 von einem jüdischen Extremisten ermordet.

Die Rolle Kasztners ist bis heute umstritten, für Löb blieb er aber der Retter. Dank Kasztner konnten 1670 Ungarnjungen in Bergen-Belsen Ende 1944 freigekauft werden. Löb und sein Vater wurden in die Schweiz gebracht, wo der Junge ins Gymnasium ging und danach Germanistik studierte. Später wurde er Professor für deutsche Literatur an der University of Sussex in Brighton, England. 2017 kehrten er und seine Frau in die Schweiz zurück.

Warum absolvierte er ausgerechnet ein Studium der deutschen Sprache und Literatur – der Sprache der Nazis, der Lagerkommandanten? Für Ladislaus Löb war es wichtig, nicht alles Deutsche zu verurteilen und die deutsche Kultur und ihre Errungenschaften nicht generell abzulehnen. Aber er gab auch unumwunden zu: «Dass ich Germanistik-Dozent wurde, hatte auch praktische Gründe. Ich habe in der Schweiz sehr gut Deutsch gelernt. Und damit hatte ich für mein berufliches Weiterkommen in England etwas in der Hand.»

Er könnte ja andere, interessantere Gründe dafür nennen, dass er dort als Deutschlehrer begann, meinte er. «Aber mir ist es wichtig, bei der Wahrheit zu bleiben. Ehrlichkeit und Exaktheit sind zentral, gerade auch in den Vorträgen, in denen ich über meine Jugend erzähle. Denn nur so bleibe ich glaubwürdig.» Was Lügen bewirken könnten, das habe der Nationalsozialismus gezeigt: «Aufgrund von Unwahrheiten, die Vorurteile befeuerten, wurden letztendlich ja 6 Millionen Juden ermordet.»

Dass so etwas nie mehr geschieht, dafür setzte sich Löb ein. Er hatte vor, dies noch lange zu tun. Doch leider waren ihm weitere Jahre der Aufklärung nicht vergönnt.

© Daphna Shezaf (links), unbekannter Autor (rechts)

150:	Name	Vorname	geboren	gebürtl. Ort	Beruf	151:
961	Levin	Solida	12.1.22	Kyiv/Chodak	ung. Arbeiter	5638
962	Leumann-Stem	Lea	2.9.3.07	Mikraowassig	ung. Haushalt	5639
963	Leumann	Ladislau	22.1.01	Klebica	ung. Landwirt	5640
964	Levy	Gabriel	12.6.42	Kolozsvár	ung.	5641
965	Leitner	Judit	2.5.31	Kassa	ung.	5642
966	Leitner	Felix	8.10.21	Bagyóvárad	ung. Student	5643
967	Leitner	Harthelm	31.1.24	Bagyóvárad	ung. Studentin	5644
968	Leitner-Kilian	Rose	3.6.29	Bagyóvárad	ung. Hausfrau	5645
969	Leitner	Alexander	5.11.09	Bagyóvárad	ung. Kaufmann	5646
970	Leitner	Hubert	29.7.30	Budapest	ung.	5647
971	Levy	Georg	4.12.12	Bagyóvárad	ung. Sach. Ing.	5648
972	Lewy-Kosovits	Irene	21.9.13	Kolozsvár	ung. Haushalt	5649
973	Levy	Judit	21.8.44	Kolozsvár	ung.	5650
974	Lichtig	Isa	5.20.30	Geszte	ung. Kaufmann	5651
975	Lichtig-Langer	Helga	3.5.32	Szilgye	ung. Haushalt	5652
976	Lichtig	Helene	19.1.21	Lipitsy	ung. Schriftf.	5653
977	Lichtig	Ilse	20.12.21	Kassa	ung. Photograph	5654
978	Lichtmann	Magdala	10.2.40	Szabadka	ung.	5655
979	Lichtmann	Editta	26.12.37	Szabadka	ung.	5656
980	Lichtmann	Mira	21.8.43	Szabadka	ung.	5657
981	Lichtmann-Klein	Rosa	29.8.04	Hajdúháza	ung.	5658
982	Lichtmann	Tibor	19.11.36	Szabadka	ung.	5659
983	Liebermann	Szilva	12.5.39	Kassa	ung. Kaufmann	5660
984	Liebermann-Rissel	Sara	20.	Kassa	ung. Schriftf.	5661
985	Lisk	Arnold	26.1.04	Budapest/Leányföldy	ung. Bauherr	5662
986	Lisk-Gereben	Milka	07.	Budapest	ung. Haushalt	5663
987	Lisk	Alfred	7.11.22	Wien	ung. Klavierm.	5664
988	Lisk-Berger	Magarethe	15.12.09	Budapest	ung.	5665
989	Lob	Ernest	28.2.20	Lilak	ung. Ing.	5666
990	Lob	Georg	21.7.22	Szabadka	ung. Arbeiter	5667
991	Lob	Isak	29.7.36	Lendernrad	ung. Agrarbau	5668
992	Lob-Liskal	Ilse	9.12.11	Kassa	ung.	5669
993	Lob	Ladislau	8.6.35	Kolozsvár	ung.	5670
994	Lobenstein	Solita	25.6.36	Szabadka	ung.	5671
995	Lobenstein-Follák	Edith	4.10.11	Kassa	ung. Haushalt	5672
996	Lobenstein	Rosa	24.3.42	Budapest	ung.	5673
997	Lobenstein	Agnes	1.9.43	Budapest	ung.	5674
998	Löwinger-Löwinger	Edy	31.7.10	Verbova	ung.	5675
999	Löwinger	Rosa	17.8.07	Via	ung. Kaufmann	5676
1000	Löwinger-Rosenberger	Julia	12.8.48	Kolozsvár	ung.	5677



Ladislaus Löbs Name auf einer Liste von Rezső Kasztner (rechts).

## Die Stiftung Gamaraal und «The Last Swiss Holocaust Survivors»

In der Schweiz gibt es nur noch wenige Überlebende des Holocaust. Damit das Geschehene nicht vergessen geht, engagieren sich Zeitzeug\*innen auch in der Schweiz mit Lesungen, Vorträgen und Schulbesuchen. Dazu gehört unter anderem die Ausstellung «The Last Swiss Holocaust Survivors», in der mit Porträts und Erzählungen von Überlebenden die Geschichte des Holocaust individualisiert und für künftige Generationen bewahrt wird. Die Porträtierten stammen aus unterschiedlichen Ländern Europas und leben heute in der Schweiz.

Organisiert wird die Ausstellung, die bereits in verschiedenen Städten und Ländern mit grossem Erfolg gezeigt wurde, von der Gamaraal Foundation. Die 2014 von Anita Winter gegründete Stiftung unterstützt Holocaust-Überlebende und organisiert Begegnungen mit Zeitzeug\*in-

nen. Anita Winter ist Tochter von Holocaust-Flüchtlingen und setzt sich seit Jahren gegen das Vergessen und für die Hilfe an Überlebende ein. Am 17. Februar 2021 wurde Anita Winter mit dem Bundesverdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet.

2020 richtete die Stiftung eine Corona-Hotline ein, da wegen der Pandemie einige Holocaust-Überlebende rasch Hilfe benötigten, unter anderem weil die Ausnahmesituation schlimme Erinnerungen hochkommen liess. Betroffene können sich an die Hotline wenden und erhalten Hilfe von Freiwilligen.

[www.gamaraal.org](http://www.gamaraal.org)  
[www.last-swiss-holocaust-survivors.ch](http://www.last-swiss-holocaust-survivors.ch)



© Ezra Acayan/Getty Images

Sämtliche Redaktionen von ABS-CBN, dem grössten Fernsehsender der Philippinen, mussten Ende August ihre Räumlichkeiten schliessen.

## Für die Wahrheit droht Haft

**Tausende philippinische Journalist\*innen wurden in den vergangenen zwei Jahren bereits entlassen. Nur wenige berichten weiterhin über Präsident Duterte's Machtstreben und seinen Kampf gegen jegliche Kritik. So Maria Ressa – sie riskiert viel und erhält dafür internationale Anerkennung.**

Von Carsten Stormer

Ende August 2020 herrscht in den Redaktionsräumen von ABS-CBN, dem grössten Fernsehsender der Philippinen, Begräbnisstimmung. Es ist der Tag, an dem sämtliche Regionalsender des Mediengiganten vom Netz genommen werden. 4000 der über 11000 Angestellten wurden bereits entlassen und reihen sich ein in die Millionen Filipinos, die ihren Job in der Pandemie verloren haben. Millionen Zuschauer\*innen verlieren ihre einzige Nachrichten-, Informations- und Unterhaltungsquelle. Der Sender war in den abgeschiedenen und schwer zugänglichen Inselprovinzen oft die einzige Möglichkeit, sich

über Tsunamis, Taifune, Erdbeben, Vulkanausbrüche oder eine Viruspandemie zu informieren.

Doch nun ist damit Schluss. Der Staat hat die Lizenz des Fernsehsenders nicht erneuert. Die Schliessung des kritischen Fernsehsenders ruft Erinnerungen an eines der dunkelsten Kapitel der philippinischen Geschichte hervor. 1972 liess der damalige Diktator Ferdinand Marcos den Sender schon einmal schliessen.

Redakteure und Reporterinnen sitzen in Schockstarre an ihren Schreibtischen, auf Bildschirmen flimmern die letzten Livesendungen mit Moderatoren, die mit brüchiger Stimme und Tränen in den Augen berichten. Ein Produzent räumt seinen Arbeitsplatz, packt Habseligkeiten und Erinnerungen in eine Plastiktüte. «Die Regierung nutzt uns als abschreckendes Beispiel», sagt ein Mitarbeiter.

Die philippinische Regierung hat kritischen Medien und Medienschaffenden den Krieg erklärt. Seit Duterte's Amtsantritt 2016 rutschten die Philippinen im Weltindex für Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen auf Platz 138 von 180 Ländern.

Carsten Stormer ist freischaffender Journalist und Reporter in Manila.

Dutertes Regierung erliess ein Anti-Terror-Gesetz, um Kritiker\*innen als «Kommunisten» und «Terroristen» diffamieren und sie ohne Haftbefehl wegsperren zu können. In den vergangenen fünf Jahren wurden 19 Journalist\*innen ermordet.

Den Wahlkampf hatte Präsident Duterte mit dem Versprechen gewonnen, Hunderttausende Drogenabhängige loszuwerden. Mit seiner Amtszeit begann ein brutaler Drogenkrieg, bei dem laut Menschenrechtsorganisationen Zehntausende getötet wurden. Darauf folgte der Krieg gegen jegliche Kritik.

**Ehrung mit Nobelpreis** | Das Schicksal des Fernsehsenders ABS-CBN könnte auch dem Nachrichtenportal Rappler drohen. Immer wieder gab es Versuche, die Nachrichtenseite zu schliessen, Journalist\*innen wurden bedroht oder an ihrer Arbeit gehindert. Maria Ressa, Chefredakteurin von Rappler, lässt sich dennoch nicht einschüchtern. Für ihre Arbeit wurde die Journalistin im Oktober mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Das Nobelpreiskomitee ehrte sie für ihren unablässigen Einsatz für die Presse- und Meinungsfreiheit.

2012 hatte die heute 57-Jährige das Internetchronikportal gegründet, mittlerweile gehört die Seite zu den reichweitenstärksten Onlinemedien des Landes. Rappler berichtet bis heute über Dutertes Anti-Drogen-Krieg, informiert über Menschenrechtsverletzungen, Morde an Regierungskritiker\*innen und staatliche Trollarmeen, die Oppositionelle in sozialen Netzwerken attackieren. «Wir haben bislang alle Regierungen kritisiert, erstmals könnten wir aber dafür ins Gefängnis kommen», sagt Ressa.

© EPA/ALÉCS ONGCAL



**Maria Ressa**, Chefredakteurin des Onlinemagazins Rappler, wurde für ihre Arbeit mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Im Juli 2020 wurde Ressa wegen Verleumdung im Internet zu einer Haftstrafe von bis zu 6 Jahren verurteilt. Das Urteil gilt als Schlag gegen die Pressefreiheit. Hintergrund ist ein umstrittenes Gesetz zur Cyberkriminalität, das allerdings erst Monate, nachdem Rappler im Jahr 2012 einen kritischen Bericht veröffentlicht hatte, in Kraft getreten war. Ihr Portal verdächtigte einen ehemaligen Richter und einen Geschäftsmann der Korruption – offenbar zu Recht: Der Richter wurde später seines Amtes enthoben und angeklagt. Doch seit Präsident Rodrigo Duterte re-

giert, gelten Journalist\*innen, die Bestechlichkeit aufdecken, als Gefahr.

Sieben weitere Verfahren laufen derzeit gegen Ressa und Rappler. Neben «Verleumdung im Internet» geht es unter anderem um Steuererklärungen und ausländische Beteiligungen an Rappler. Sollte Ressa auch in diesen Verfahren verurteilt werden, addieren sich die Höchststrafen auf 100 Jahre Gefängnis. Derzeit ist sie auf Kautionsfrei, darf aber das Land nicht verlassen. Ihr Anwalt legte Berufung ein. Neben ihren philippinischen Anwälten leitet die Menschenrechtsanwältin Amal Clooney ein Team

**«Es ist nur menschlich, auch mal Angst zu haben. Aber die heutige Welt ist auch extrem aufregend.»**

Maria Ressa

von internationalen Anwält\*innen, die Ressa vertreten.

«Wenn ich vor Gericht verliere, werde ich dennoch weiter für meine Rechte kämpfen», sagt Maria Ressa. Mit Mut habe das nichts zu tun: «Ich bin Journalistin, ich habe gar keine andere Wahl.» Für ihren Kampf für Presse- und Meinungsfreiheit wird Ressa international als Symbolfigur gegen Staatswillkür und Tyrannei gefeiert. 2018 wählte sie das «Time»-Magazin mit anderen Journalist\*innen zur Person des Jahres. Nun, drei Jahre später, folgt der Friedensnobelpreis.

Maria Ressa ist trotz allen Widrigkeiten mit einem ansteckenden Optimismus gesegnet. Wegen des harten Lock-downs arbeitet sie von zuhause, sie meldet sich über Zoom. Während des Gesprächs lacht sie viel, redet mitreisend und schnell, um möglichst viel in die knapp bemessene Zeit zu packen. Sie wirkt mal gelassen, mal kämpferisch, aber keinesfalls resigniert oder ängstlich. Persönlich habe sie nichts gegen den Präsidenten, sagt sie. «Ich wünschte nur, er würde besser regieren.»

Selbstverständlich habe Duterte die Pandemie genutzt, um seine Macht auszubauen, sagt Ressa. Er habe dafür ein Umfeld aus Gewalt und Angst geschaffen. Das Ziel sei, Dissens und Kritik zu unterbinden, damit die Machthabenden an der Macht blieben und ihre Kontrolle weiter ausbauen könnten, bis die Demokratie von selbst sterbe.

### Neuer Gegner Facebook

Manchmal demonstrieren Duterte-Anhänger\*innen vor den Redaktionsräumen, im Internet hetzen sie gegen Ressa und ihr Team, unterstützt von Bots und Cyber-Trollen. Die Jahre unter Dauerbeschuss haben Ressa abgehärtet. «Ich glaube, ich habe mich damit abgefunden. Es ist nur menschlich, auch mal Angst zu haben. Aber die heutige Welt ist auch extrem aufregend. Ich weiss, das klingt

## Friedensnobelpreis Ein Symbol für die Pressefreiheit

Journalist\*innen wurden vom Nobel-Komitee bisher kaum berücksichtigt – der Deutsche Carl von Ossietzky war der letzte Medienschaffende, der einen Friedensnobelpreis erhielt. Das war 1935. Ossietzky sass damals im KZ Esterwegen. Erst 80 Jahre später wird der Friedensnobelpreis wieder an zwei Journalist\*innen verliehen: Maria Ressa und Dimitri Muratow erhielten den Preis im Oktober 2021 für ihren Kampf für die Meinungsfreiheit auf den Philippinen und in Russland. 234 Persönlichkeiten und 95 Organisationen waren in diesem Jahr nominiert. Das war die drittgrösste Zahl an Nominierten jemals.

Maria Ressa wurde für ihre investigativen Berichte über Korruption, Machtmissbrauch und Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit Präsident Rodrigo Duterte tödlichem «Krieg gegen Drogen» geehrt. Dimitri Muratow wurde für seinen konsequenten Einsatz für die Rechte von Journalist\*innen ausgezeichnet, die in Russland unter Druck geraten sind. Er hatte sich trotz Morddrohungen und Verhaftungen geweigert, die Unabhängigkeit seiner Zeitung «Novaya Gazeta» aufzugeben. Dmitri Muratow fordert weiterhin Rechenschaft von den Mächtigen ein – als einer der letzten Journalisten in Russland.

Der Nobelpreis werde die Probleme nicht lösen, mit denen Journalist\*innen und die Meinungsfreiheit konfrontiert seien, sagte die Vorsitzende des Nobel-Komitees, Berit Reiss-Andersen. «Aber wir hoffen, dass er Licht auf die Bedeutung der Arbeit von Journalisten wirft und darauf, wie gefährlich es ist, die Meinungsfreiheit auszuüben – überall auf der Welt.» Ressa und Muratow stünden stellvertretend für alle Journalist\*innen, die die Meinungs- und Redefreiheit in einer Welt verteidigten, in der Demokratie und Pressefreiheit immer ungünstigere Bedingungen vorfänden.

Amnesty International, die sich wiederholt für Maria Ressa und Dimitri Muratow eingesetzt hatte, begrüsst die Entscheidung des Nobel-Komitees. Agnès Callamard, Generalsekretärin von Amnesty International, sagte: «Die Verleihung des Friedensnobelpreises an Maria Ressa und Dimitri Muratow ist nicht nur ein Sieg für den unabhängigen, kritischen Journalismus auf den Philippinen und in Russland, sondern auch ein Sieg im Kampf für Gerechtigkeit, Rechenschaftspflicht und Meinungsfreiheit weltweit.» (nwe)

verrückt», sagt sie und muss über die eigenen Worte kichern.

Eine Mitverantwortung an den politischen Zuständen in den Philippinen gibt Ressa den sozialen Medien. Und deshalb hat sie einem weiteren mächtigen Gegner den Kampf angesagt: Facebook. Zusammen mit Bürgerrechtsexpert\*innen, Wissenschaftler\*innen und anderen Medienschaffenden hat Ressa The Real Facebook Observatory gegründet, einen unabhängigen Rat, der Facebook bei Verstössen wie Desinformation und Hetze

zur Rechenschaft ziehen und auf sinnvolle Veränderungen auf der Plattform drängen will.

Gerade in den Philippinen ist das nötig. Denn für viele Menschen ist Facebook hierzulande die einzige Informationsquelle. «Eine millionenfach erzählte Lüge, wenn sie mit Hass und Wut durchgesetzt ist, wird zur Tatsache», sagt Ressa. Vor allem, wenn die Regierung die Netzwerke nutze, um Desinformationen, Fake-News und Lügen zu verbreiten. «Das tötet die Demokratie.»

# Gefängnis – eine kollektive Bestrafung

Die Angehörigen von Inhaftierten werden vom Justizsystem weitgehend übersehen. Doch auch sie sind von der Haft betroffen. Im Interview erklärt Sophie de Saussure, Assistentin für Strafrecht an der Universität Genf, warum die Rechte der Angehörigen in der Schweiz nur unzureichend geschützt werden.

Interview von Olalla Piñeiro Trigo

## ► AMNESTY: Wie wirkt sich die Inhaftierung eines Menschen auf seine Angehörigen aus?

◀ **Sophie de Saussure:** Angehörige können auf unterschiedliche Weise von einer Inhaftierung betroffen sein, sei es psychisch, sozial oder auch ökonomisch. Wenn eine Person inhaftiert wird, fällt ein Einkommen weg. Die Angehörigen müssen nicht nur dieses fehlende Gehalt auffangen, es fallen oft noch zusätzliche Ausgaben an: Anwaltskosten und allenfalls Entschädigungszahlungen. Auch die Ausgaben für die Fahrten zum Ge-

fängnis, das oft weit vom Stadtzentrum entfernt ist, können das Familienbudget schwer belasten. Oft muss eine Lösung für die Kinderbetreuung gefunden werden, an der Arbeitsstelle muss geklärt werden, wie man sich für Besuche freinehmen kann. All dies kann dazu führen, dass Angehörige von Inhaftierten auf Sozialhilfe zurückgreifen müssen. Hinzu kommen das soziale Stigma und die Scham der Angehörigen, die sich teils mitschuldig fühlen am Verbrechen der Inhaftierten – einfach, weil sie mit ihnen eine Beziehung hatten. Besonders hoch

ist die Last für Frauen: Meist sind sie es, die die Inhaftierten regelmässig besuchen, ihnen Wäsche bringen und sich daneben um die Kinder und den Haushalt kümmern.

## ► Wie gehen Kinder mit der Trennung um?

◀ Es ist wichtig, Kinder nicht zu pathologisieren oder nur als Opfer zu sehen. Kinder sind oft widerstandsfähig und tapfer. Die Beziehung zu einem inhaftierten Elternteil aufrechtzuerhalten ist jedoch mit vielen Schwierigkeiten verbunden. Die Kinder sind abhängig von den restriktiven Besuchszeiten und den Bestimmungen des Gefängnisses, aber auch von den Sorgerechtsregelungen und dem Wohlwollen der Eltern. Jedes Kind reagiert anders, je nach familiärem Kontext: Einige haben grosse Angst, sind unruhig. Andere wissen gar nicht von der Haft; ihnen wird gesagt, der Vater oder die Mutter sei auf Reisen oder im Krankenhaus. Kommt die Wahrheit ans Licht, können die Lügen grosse Frustration und Ablehnung auslösen.

## ► Welche gesetzlichen Bestimmungen schützen in der Schweiz die Rechte von Angehörigen?

◀ Eine inhaftierte Person hat laut Gesetz das Recht, den Kontakt zur Aussenwelt aufrechtzuerhalten. Für die Angehörigen gibt es jedoch kein entsprechendes Gesetz. Auf internationaler Ebene besagen die Mandela-Regeln der Uno, dass Besu-



Von einem Elternteil getrennt: Kinder gehen unterschiedlich damit um.

che auch im Interesse der Familie erfolgen müssen. Besuche sind für die Angehörigen der Inhaftierten aber nicht immer gut, und manchmal sind sie auch unerwünscht. Was die Kinder betrifft, so hat der Uno-Ausschuss für die Rechte des Kindes die Schweiz 2015 kritisiert, weil es hierzulande keine Daten über die Zahl der Kinder gibt, die von der Inhaftierung eines Elternteils betroffen sind. Diese Daten wären aber notwendig, um eine politisch wirksame Strategie zu entwickeln. Kurzum, ihre Situation in der Schweiz bleibt unklar.

Die Missachtung der Angehörigen spiegelt sich auch in der schweizerischen Gesetzgebung. Es gibt jedoch Bestimmungen, die sie indirekt betreffen. So sieht das Strafgesetzbuch vor, dass familiäre Verpflichtungen bei der Berechnung der Tagesansätze von Geldstrafen berücksichtigt werden. So soll verhindert werden, dass die Strafe den Unterhalt der Familie gefährdet. Ein weiteres Beispiel: Während der Vollstreckung einer Freiheitsstrafe erlaubt das Strafgesetzbuch das Zusammenleben von Mutter und Kind, bis diese drei Jahre alt sind. Doch in der Praxis sind die Haftbedingungen streng, und die Zahl der entsprechenden Haftzellen ist unzureichend: In der Deutschschweiz gibt es nur sechs, in der Westschweiz zwei solche Zellen. Für Väter, die mehr als die Hälfte der männlichen Gefängnisinsassen ausmachen, gibt es keine solchen Einrichtungen. Es sind vor allem Nichtregierungsorganisationen und private Stiftungen, die sich um die Bedürfnisse der Angehörigen kümmern und diesen Informationen und psychologische Unterstützung anbieten.

#### ► Wie erklärt sich diese mangelnde Berücksichtigung von Angehörigen?

◀ Einer der Hauptgründe liegt sicherlich in der westlichen Strafrechtstradition, die auf der individuellen Verantwortung basiert und den Fokus auf die Bestrafung

## Hierzulande gibt es keine Daten über die Zahl der Kinder, die von der Inhaftierung eines Elternteils betroffen sind.

der Täter\*innen richtet. Was dabei vergessen geht: Eine Inhaftierung hat kollektive Folgen und wirkt sich auf die Angehörigen aus. Eine Haftstrafe wird weiterhin als die wirksamste Form der Bestrafung angesehen, obwohl sie oft schädlich ist und zur Entstehung neuer sozialer Probleme beiträgt. Ein weniger strafender und stärker auf Wiedergutmachung ausgerichteter Ansatz könnte einige der Probleme lösen. Anstatt Hunderte von Franken pro Tag für eine Zelle auszugeben, könnte die Regierung in Sozialhilfe- und Wohnungsprogramme investieren. Dies würde es ermöglichen, die Anliegen der Angehörigen besser zu berücksichtigen und die Überbelegung von Gefängnissen zu verringern. Man könnte auch zu konstruktiveren Bestrafungsmethoden greifen, die die Gefangenen nicht von der Aussenwelt abschneiden.

#### ► Gibt es Länder, die die Rechte von Angehörigen besser berücksichtigen und von denen die Schweiz sich inspirieren lassen könnte?

◀ Das Ministerkomitee des Europarats hat 2015 einige interessante Ideen für die Verbesserung der Lage von Kindern von Häftlingen veröffentlicht. Im Vereinigten Königreich sind die Gerichte verpflichtet, die Situation minderjähriger Kinder zum Zeitpunkt der Urteilsverkündung einzubeziehen. Das betrifft etwa die sozio-ökonomische Situation

und die Beziehungsverhältnisse der Familie. Auch in der Schweiz können Gerichte diese Informationen berücksichtigen, allerdings tun sie dies nur nach dem Zufallsprinzip. Sie sind dabei abhängig von den Angaben, die sie von den Anwält\*innen und von der angeklagten Person erhalten. Ein weiteres Beispiel ist Italien: Im Jahr 2016 unterzeichnete die Regierung gemeinsam mit einer NGO eine Charta zur Verbesserung der Rechte von Kindern von Häftlingen. Diese sieht vor allem vor, die Aufnahme von Kindern ins Gefängnis zu verbessern und vorzugsweise Strafen ohne Freiheitsentzug auszusprechen, damit die familiären Beziehungen aufrechterhalten werden können. In Brasilien gibt es eine entsprechende Bestimmung, die Mütter mit Kindern unter 12 Jahren wenn möglich unter Hausarrest stellt, statt sie zu inhaftieren. Es gibt aber auch in der Schweiz Verbesserungen: Der Kanton Waadt zum Beispiel hat eine spezielle Verordnung für Gefängnisbesuche erlassen, sollten sie ein Risiko für Kinder darstellen – etwa wenn die Kinder häusliche Gewalt erleben mussten. |



Sophie de Saussure ist Assistentin für Strafrecht an der Universität Genf und forscht zu sozialen Fragen des Strafvollzugs.



© trigon-film

«Wir wollen kein Mitleid, sondern eine Chance», sagt Mahmoud im Film «Captains of Zaatari».

## Lagerkoller und Fussballträume

Zwei junge syrische Flüchtlinge erhalten die Chance, sich der professionellen Fussballwelt zu präsentieren. «Captains of Zaatari» des ägyptischen Regisseurs Ali El Arabi zeigt, wie der Sport helfen kann, Brücken zu schlagen. Von Boris Bögli

Was tun jugendliche Syrien-Flüchtlinge ohne Perspektive, um sich im riesigen jordanischen Lager Zaatari zu beschäftigen? Sie spielen Fussball. Der Sporteifer und die Träume des 18-jährigen Fawzi und seines 17-jährigen Freundes Mahmoud stehen im Zentrum des Filmdebüts von Ali El Arabi.

Fawzi ist ehrgeizig und ernsthaft, ein Captain auf und neben dem staubigen Platz. Er setzt alles auf die Karte Fussball. Seiner kleinen Schwester verspricht er: «Wenn ich Profi bin, kaufe ich dir alles, was du willst.» Auch Mahmoud liebt Fussball, ihm ist allerdings auch eine gute Ausbildung sehr wichtig.

Eines Tages reist eine Delegation der renommierten Fussballakademie Aspire aus Katar an, um eine syrische Auswahl an ein U-17-Turnier einzuladen – ob aus echtem Interesse an Talenten oder zu PR-Zwecken, bleibt offen. Doch Fawzi ist zu alt, er muss seine Captain-Binde an den scheuen Mahmoud abgeben. In den bitterkalten Nächten sitzt er einsam an

einer Strasse im Camp und denkt über seine ungewisse Zukunft nach. Dann wendet sich das Schicksal und Fawzi darf dem Team nachreisen. In Doha tritt er in eine Welt ein, wie sie kontrastreicher zum Lager nicht sein könnte: Glaspaläste, Luxushotels mit Swimmingpool, ein Trainingsgelände mit perfektem Rasen.

Fawzi und Mahmoud beobachten die Stars von Bayern München bei ihrem Wintertraining. «Das ist Lewandowski, er kostet 90 Millionen und könnte ganz Syrien kaufen», erklärt Fawzi. In Gesprächen mit Superstars wie Xavi und David Trezeguet wird ihnen der unbedingte Leistungswille eingetrichtert. Vom Turnier, in welchem die Flüchtlings-Auswahl unter dem Namen Syrian Dreams spielt, erhoffen sich die jungen Männer viel: «Das nächste Spiel wird live übertragen, wir wollen unseren Familien keine Schande bereiten.» Das Turnier könnte über ihr gesamtes zukünftiges Leben entscheiden, alle hoffen auf einen Ausbildungsplatz an der Fussballakademie.

Ob dies Fawzi und Mahmoud gelingt, soll hier nicht verraten werden.

«Captains of Zaatari» ist weder schmalzig noch deprimierend. Es ist ein bildgewaltiger Dokumentarfilm, der auch am Sundance-Festival wohlwollend aufgenommen wurde. Regisseur El Arabi hat die Jugendlichen lange vor dem Fussballabenteuer kennengelernt. Das so geschaffene Vertrauen bildet sich in der Intimität vieler Szenen ab. Kameramann Mahmoud Beshir schafft mit Nachtbildern, Schatten, dem hellen Sand und den weissen UNHCR-Zelten bisweilen eine Schwarz-Weiss-Stimmung, die dann durch die roten Fussballtrikots aufgelöst wird.



**Captains of Zaatari.**  
**Von Ali El Arabi.**  
 Ägypten 2021, 73 Min.  
 Verleih: trigon-film.  
 In den Kinos ab Januar 2021.  
 Filmtage Thuis: 3. November.



**W**ieso frieren Frauen im Büro eher als Männer? Und wieso sitzen Schutzmasken bei Frauen nie richtig?

Die Antwort ist einfach: Die Rechte der Hälfte der Bevölkerung werden als Interessen einer Minderheit missverstanden. Die Temperatur in Büros wird anhand des durchschnittlichen körperlichen Wohlbefindens von 40-jährigen Männern eingestellt. Für Frauen, deren Stoffwechselrate signifikant niedriger ist, sind die Räumlichkeiten bis zu 5 Grad zu kalt.

Dass Daten anhand des «Vorbilds» Mann erhoben werden, ist diskriminierend und bringt reale Gefahren mit sich, wie Caroline Criado Perez in ihrem Buch «Unsichtbare Frauen» zeigt. Die Autorin und feministische Aktivistin beschreibt mithilfe zahlreicher Studien und Statistiken, wie Frauen im Alltag und im Beruf, in der Medizin, im öffentlichen Leben und in Krisen übersehen werden. Frauen werden nicht als autonome Wesen wahrgenommen, sondern als «kleine» Männer, als ein Subtyp des Männlichen.

Gerade bei Sicherheitsausrüstungen kann das zum Problem werden. 74 Prozent der Ausrüstungen sind für Männer gemacht, für Frauen werden einfach kleinere Grössen gekauft. Doch schlecht-sitzende Sicherheitsausrüstungen können selbst zum Sicherheitsrisiko werden: Zu grosse Kleidung kann in Maschinen hängen bleiben, zu grosse Schuhe können Stolpern auslösen.

Bei einem Autounfall ist das Risiko für Frauen, verletzt zu werden, um 47 Prozent höher als bei einem Mann, weil Crash-tests fast nur mit männlichen Dummies durchgeführt werden. Erleidet eine Frau einen Herzinfarkt, wird dieser oft nicht erkannt oder falsch behandelt, weil sie untypische – sprich nicht «männliche» – Symptome aufweist.

Criado Perez fordert einen Systemwandel und zeigt zahlreiche Lösungswege auf wie dieser erreicht werden könnte. Sie legt dar, dass materielle und immaterielle Kos-

## Gender-Gap des Wissens

**Daten machen den Grossteil unseres Wissens aus. Sie beziehen sich aber mehrheitlich auf Männer, Frauen werden hingegen systematisch vergessen. In ihrem Buch «Unsichtbare Frauen» plädiert die Autorin und Aktivistin Caroline Criado Perez für einen Systemwandel.** Von Natalie Wenger



**Ein Sicherheitsrisiko:** 74 Prozent der Sicherheitsausrüstungen sind für Männer gemacht, Frauen schützen sie nur unzureichend.

ten massiv reduziert werden könnten, wenn Regierungen präventive Massnahmen gegen sexuelle Gewalt einführen und es Frauen erleichtern würden, sich am bezahlten Arbeitsleben zu beteiligen. Die Autorin argumentiert, dass Frauen weniger vergessen würden, wenn sie in der Forschung, in Unternehmen und in der Politik besser vertreten wären. Würden Frauen in die Entscheidungsfindung einbezogen, wären die Strassen besser beleuchtet, es gäbe mehr Kinderbetreuungseinrichtungen und sicherere öffentliche Verkehrsmittel.

Aber ist der Einbezug der Frauen wirklich genug? Was ist mit der Verant-

wortung der Männer? Allein mehr Daten zu sammeln und die Frauen zu fragen, was sie wollen, reicht wohl nicht. Eine gleichberechtigte Welt erreichen wir nur, wenn alle Menschen sich verändern. Wenn Männer – wie Criado Perez anführt – erheblich zum Problem der Unsichtbarkeit der Frauen beitragen, dann müssen sie auch Teil der Lösung sein. |



**Caroline Criado Perez.**  
**Unsichtbare Frauen.**  
München, btb Verlag, 515 Seiten.

# AMNESTY-BOUTIQUE

Unsere Produkte werden nachhaltig,  
ethisch und ökologisch korrekt hergestellt.

## SCHENKEN UND GUTES TUN

### UMHÄNGETASCHE UND NECESSAIRE

In der Schweiz aus alten, aber ungebrauchten  
Postsäcken hergestellt.

#### UMHÄNGETASCHEN:

Grösse: 21 x 25 x 6 cm

Gelber Stoffrand:  
Art. 2200.095 / Fr. 105.–



Brauner Lederrand:  
Art. 2200.094 / Fr. 105.–

#### NECESSAIRE:

Gross (22 x 15 x 8 cm):  
Art. 2200.084.G / Fr. 55.–

Klein (19 x 12 x 6 cm):  
Art. 2200.084.K / Fr. 47.–



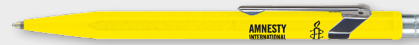
### FOTOKALENDER 2022 «BISHNOÏ»

30 x 30 cm. Ein Monat pro  
Seite, farbig, mehrsprachig  
(französisch und englisch).

Art. 2430.114 / Fr. 20.–



### KUGELSCHREIBER CARAN D'ACHE



Schweizer Design in den  
Farben von Amnesty Interna-  
tional. Lange Lebensdauer,

angenehm im Gebrauch,  
zeitlos, nachfüllbar.  
In der Schweiz hergestellt.  
Solo, gelb mit schwarzem Logo auf der linken  
Seite, blaue Tinte.

Art. 2420.023 / Fr. 25.–

### TASCHENAGENDA 2022

Der Klassiker. Format A6  
(14,5 x 9,4 cm), eine Woche  
pro Doppelseite, broschiert  
und fadengeheftet. Deutsch.

Art. 2430.117 / Fr. 10.–



Im Etui mit Druckbleistift (0,7 mm),  
weisses Logo auf der linken Seite.

Art. 2420.020 / Fr. 40.–



### ESPRESSOTASSEN

Aus weiss emailliertem Steingut,  
Rand und Amnesty-Kerze in Schwarz.  
Höhe 7,5 cm, Inhalt 10 cl. 3er-Schachtel.

Art. 2300.046 / Fr. 30.–



### REGENSCHIRM

Stahlstock mit Doppelautomatik,  
Schirm-Durchmesser offen: 97 cm.  
Herkunft: China.

Art. 2300.032 / Fr. 25.–



**WEITERE ATTRAKTIVE PRODUKTE  
FINDEN SIE IN UNSEREM WEBSHOP  
SHOP.AMNESTY.CH**

**FARBIGE KERZEN**

Diese Kerzen sind auf Anfrage auch in 12er-Schachteln erhältlich.



Aubergine/Crème/Himbeer Paraffin, 3er-Set, assortiert.

Art. 2700.037 / Fr. 24.–

Eisblau/Apfelgrün/Taubenblau Paraffin, 3er-Set, assortiert.

Art. 2700.042/ Fr. 24.–

Rehbraun/Moosgrün/Indian Summer Paraffin, 3er-Set, assortiert.

Art. 2700.051 / Fr. 24.–



**ADVENTSKERZEN**

Im 4er-Set, etwas grösser (14 x 6 cm), rot.

Art. 2700.040 / Fr. 36.–



**BIENENWACHSKERZEN**

2er-Set.

Art. 2700.022 / Fr. 28.–



Mitglieder der Schweizer Sektion von Amnesty International erhalten 10 Prozent Rabatt auf Publikationen und Webshopartikel mit Ausnahme der Kerzen.

Bestellungen an Amnesty International, Postfach, 3001 Bern oder auf shop.amnesty.ch

**ICH BESTELLE FOLGENDE ARTIKEL**

Anzahl	Artikelbezeichnung	Grösse	Art.-Nr.	Preis

Name: \_\_\_\_\_ Strasse: \_\_\_\_\_  
 Ort: \_\_\_\_\_ E-Mail: \_\_\_\_\_  
 Tel.: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_  
 Mitglieder-/Kund\*innen-Nummer: \_\_\_\_\_

# FAN-(UN)KULTUR



© André Gottschalk

**Urs Gredig** ist Journalist und TV-Moderator bei SRF.

**RASSISMUS ODER HOMOPHOBIE IST LEIDER VIELERORTS IMMER NOCH FESTER BESTANDTEIL DES GESCHEHENS RUND UMS RUNDE LEDER.**

Als bekennender Fan des Sports schäme ich mich dafür. Gleichzeitig ertappe ich mich dabei, bei entsprechenden Gesprächen oft aus der Defensive heraus zu argumentieren: «Nehmt mich ja nicht in Sippenhaft mit diesen hirnlosen Trotteln!», oder: «Das sind absolute Minderheiten, die allermeisten Fussball-Liebhaber\*innen sind doch tolerant und weltoffen.»

Kürzlich kam mein 11-jähriger Sohn abends aufgeregt zu mir und sagte: «Papi, schau mal, wie cool, beim Fussball haben sie LGBTQ-Eckfahnen!» Und tatsächlich, in einem Champions-League-Spiel des SC Wolfsburg präsentierten sich die Platzbegrenzungs-Wimpel in leuchtenden Regenbogenfarben. «Tolle Idee», dachte ich und fragte mich gleichzeitig, warum sich gerade der Fussball mit dem Thema Diversity noch immer dermassen schwertut. Denn seien wir ehrlich, obwohl in den vergangenen Jahren vermehrt Toleranz in- und ausserhalb der Stadien propagiert wird: Rassismus oder Homophobie ist leider vielerorts immer noch fester Bestandteil des Geschehens rund ums runde Leder. Gerade einige schockierende Szenen während der Euro 2020 warfen diesen Sommer ein grelles Licht auf eine Fankultur, die vielmehr den Begriff «Fan-Unkultur» verdient. Seien es Schmähungen gegen Schwarze Spieler oder der Protest gegen Toleranz-Gesten gegenüber der Black- oder der LGBTI\*-Community: Die Fussball-Familie stellte sich mancherorts ein schlechtes Zeugnis aus.

Aber kann ich mich so einfach aus der Verantwortung stehlen? Mache ich mich nicht mitschuldig, wenn ich den Absender eines rassistischen Spruchs auf der Tribüne nicht konsequent darauf anspreche – und sei er noch so muskulös oder furchteinflössend tätowiert? Und sollte ich vielleicht nicht gleich ganz auf meine Passion verzichten, wenn es einem aktiven Spieler offenbar auch im aufgeschlossen-toleranten 2021 aus Angst vor Repressionen noch immer nicht möglich ist, sich als Homosexueller zu outen? Und fangen Sie mir bloss nicht mit dem Sinn (beziehungsweise Unsinn) einer WM in Katar oder den Bestechungsgeschichten rund um Fifa und Uefa an!

Fussball-Fan zu sein bleibt für mich ein stetes Dilemma. Und doch – ich gebe es zu –, die Liebe zum Sport ist grösser, ich bleibe ihm treu und freue mich dann umso mehr darüber, wenn mir mein Sohn die einzig richtige Fankultur vorlebt: eine ohne Hass und Vorurteile. Dafür mit umso mehr Begeisterung, zum Beispiel über Regenbogen-Eckfahnen! |



## 20 JAHRE BRIEFMARATHON GRÖSSTE AKTION ZUR VERTEIDIGUNG DER MENSCHENRECHTE

Der Briefmarathon feiert Geburtstag: Die grösste globale Aktion zur Verteidigung der Menschenrechte vermag mittlerweile Millionen von Menschen zu mobilisieren.

**W**ie viele grosse Projekte begann auch dieses in einer kleinen Gruppe von Freund\*innen und mit einer guten Idee. 2001 beschlossen fünf polnische Aktivist\*innen, den Tag der Menschenrechte vom 10. Dezember einmal anders zu begehen: Sie organisierten einen 24-stündigen Briefmarathon und schrieben einen Tag und eine Nacht lang Briefe zugunsten von Menschen, deren Rechte verletzt worden waren. Damals kamen 2326 Briefe zusammen, im vergangenen Dezember waren es bereits 4,5 Millionen Briefe, Petitionen und weitere Aktionen. Mit der Macht der Worte werden weltweit Menschen unterstützt, die in Gefahr sind. Im Lauf der Jahre trug der Briefmarathon dazu bei, mehr als 100 Personen von Folter, Miss-handlung oder unrechtmässiger Inhaftierung zu befreien.

**AUCH DIESES JAHR WIEDER MITMACHEN!** Im zweiten Jahr der Pandemie ist es für viele Aktivist\*innen noch schwieriger geworden, Menschenrechte zu schützen: So ist es sehr kompliziert, Gefangene zu besuchen. Covid-19 wird von vielen Regierungen als Vorwand benutzt, um Bemühungen zur Einhaltung der Menschenrechte aufzugeben. Unsere Hilfe wird mehr denn je gebraucht.

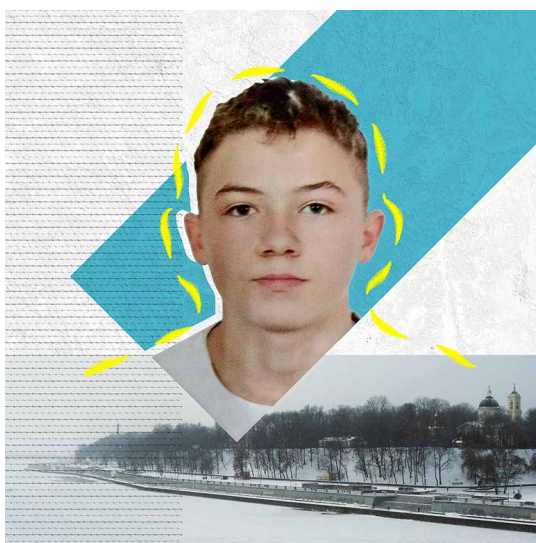
**Machen auch Sie dieses Jahr wieder mit und unterstützen Sie die fünf Aktivist\*innen der folgenden Seiten!**

# BRIEFMARATHON 2021

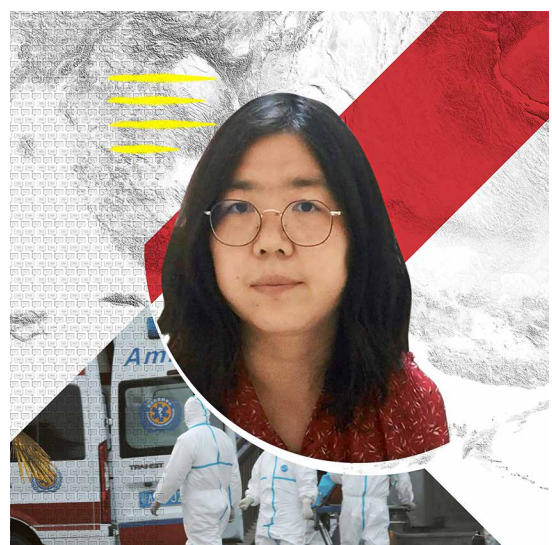
## UNTERSTÜTZEN SIE DIESE MENSCHEN

Machen Sie beim diesjährigen Briefmarathon mit und schreiben Sie für Menschenrechtsaktivist\*innen in Gefahr! 2021 stehen folgende fünf Menschen im Vordergrund.

**Bernardo Caal Xol** ist in Guatemala inhaftiert, weil er den Fluss Río Cahabón schützen will, der den indigenen Mayan Q'eqch heilig ist. Er und seine Gemeinde protestieren gegen das Unternehmen, das den Fluss für zwei Wasserkraftwerke aufgestaut hat. Bernardo Caal Xol wurde daraufhin Opfer einer Verleumdungskampagne, die auf unbegründeten Anschuldigungen beruhte, für die es keinerlei Beweise gab. 2018 wurde er dennoch zu mehr als sieben Jahren Gefängnis verurteilt.

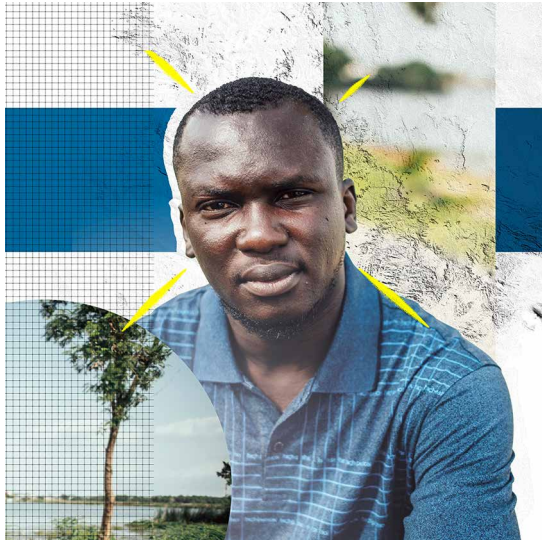


**Mikita Zalatarou** wurde von Sicherheitskräften verprügelt, inhaftiert und mit Elektroschocks traktiert, weil er angeblich an einer der friedlichen Demonstrationen teilgenommen hatte, die nach den Präsidentschaftswahlen 2020 in Belarus stattfanden. Mikita wurde des ordnungswidrigen Verhaltens und der Verwendung von illegalem Sprengstoff für schuldig befunden, obwohl Videos beweisen, dass der Jugendliche nicht in Gewalttätigkeiten verwickelt war. Mikita wurde zu fünf Jahren Haft in einem Jugendgefängnis verurteilt. Er ist erst 17 Jahre alt.



**Zhang Zhan** ist eine der wenigen «Citizen-Journalist\*innen», die zu Beginn der Corona-Krise öffentlich über die Gesundheitslage in China berichtet hatten und die deswegen eingesperrt wurden. Sie war im Mai 2020 in der Region Wuhan zunächst verschollen, später bestätigten die Behörden, dass sie von der Polizei im 640 km entfernten Shanghai festgehalten werde. Im Juni 2020 trat Zhang Zhan in einen Hungerstreik, um gegen ihre Inhaftierung zu protestieren. Zhang Zhan wurde zu vier Jahren Gefängnis verurteilt.

**Imoleayo Adeyeun Michael** wurde zu Unrecht angeklagt, weil er gegen die Polizeigewalt in Nigeria protestierte. Der junge Programmierer unterstützte 2020 die Proteste gegen Gewalt, Erpressung und Tötungen durch die nigerianische Polizeieinheit Special Anti-Robbery Squad (SARS) mit dem Hashtag #EndSARS. Dieser verbreitete sich auf Twitter und Facebook viral. Zwei Wochen nach den Protesten stürmten 20 bewaffnete Männer mitten in der Nacht Imoleayos Haus. Nach 41 Tagen in Haft kam er im Dezember 2020 gegen Kaution frei, die Anklage bleibt jedoch bestehen.



**Janna Jihad** prangert mit ihrer Kamera repressive und manchmal tödliche Handlungen der israelischen Armee gegenüber Palästinenser\*innen an. Sie wird deshalb schikaniert und wurde sogar schon mit dem Tod bedroht – dabei ist sie erst 15 Jahre alt. Mit 13 wurde sie als eine der jüngsten Journalist\*innen der Welt anerkannt. Trotz der Gefahr will Janna Jihad nicht aufgeben. «Ich möchte die Freiheit in meinem Land erleben. Ich möchte wissen, wie sich Gerechtigkeit, Frieden und Gleichheit anfühlen.»

Mehr zum Briefmarathon 2021 erfahren Sie auf [amnesty.ch/briefmarathon](https://www.amnesty.ch/briefmarathon).

Mit untenstehendem Talon können Sie sich für Janna Jihad engagieren. Sie können auch online unterschreiben unter [action.amnesty.ch](https://www.action.amnesty.ch).

# PETITION

## SCHUTZ FÜR DIE 15-JÄHRIGE PALÄSTINENSISCHE JOURNALISTIN JANNA JIHAD

An die Vorsitzende des Kinderrechtsausschusses der Knesset

Janna Jihad möchte eine normale Kindheit haben. Doch das 15-jährige Mädchen lebt im von Israel besetzten Westjordanland, wo systematische Diskriminierung und Repression Alltag sind. Nachdem sie mitansehen musste,

wie ihr Onkel von der israelischen Armee getötet wurde, wandte sich Janna dem «Citizen-Journalismus» zu und begann die repressiven und oft tödlichen Handlungen der israelischen Armee gegenüber den Palästinenser\*innen – auch gegenüber Kindern – aufzudecken und zu dokumentieren. Israel hat die Kinderrechtskonvention unterzeichnet, anerkennt deren

Gültigkeit jedoch nicht für die palästinensischen Kinder in den besetzten palästinensischen Gebieten.

Heute wird Janna wegen ihrer journalistischen Tätigkeit schikaniert und mit dem Tode bedroht. Deshalb bitte ich Sie, sich dafür einzusetzen, ■ dass die Diskriminierungen, denen Janna ausgesetzt ist, aufhören, ■ dass Israel seinen Verpflichtungen gemäss Uno-Kinderrechtskonvention nachkommt und den darin verbrieften Schutz auf Janna sowie alle anderen palästinensischen Kinder ausweitet.

	Name	Vorname	Adresse	Unterschrift
1				
2				
3				
4				
5				



© Eric Carrière

# SETZEN SIE SICH MIT AMNESTY FÜR DIE MENSCHENRECHTE EIN

## AKTIV IN EINER GRUPPE

Überall in der Schweiz setzen sich Menschen mit Amnesty International ein. Auch in Ihrer Region. Weitere Informationen finden Sie auf [www.amnesty.ch/mitmachen](http://www.amnesty.ch/mitmachen).

## MIT EINER SPENDE

Ihre finanzielle Unterstützung, sei es eine einmalige oder eine regelmässige Spende, bringt die Menschenrechte voran. Sie finden einen Einzahlungsschein in der Beilage.

**BESTELLEN SIE KOSTENLOS  
DEN E-NEWSLETTER AUF  
[WWW.AMNESTY.CH/NEWSLETTER](http://WWW.AMNESTY.CH/NEWSLETTER)**

## BEI AMNESTY YOUTH

AMNESTY YOUTH ist ein Netzwerk von jungen Menschen, die sich in der Schweiz für eine bessere Welt einsetzen.  
Mehr Infos: [www.amnestyyouth.ch](http://www.amnestyyouth.ch)

## ONLINE

Unter [www.amnesty.ch/action](http://www.amnesty.ch/action) finden Sie aktuelle Informationen zu unseren Aktivitäten und diverse Möglichkeiten, sich mit uns zu engagieren.



**AMNESTY INTERNATIONAL** Schweizer Sektion  
Speichergasse 33 . Postfach . 3001 Bern  
T: +41 31 307 22 22 . F: +41 31 307 22 33  
[contact@amnesty.ch](mailto:contact@amnesty.ch) . [www.amnesty.ch](http://www.amnesty.ch)  
PG: 30-3417-8 . IBAN: CH52 0900 0000 3000 3417 8